

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Monat März ein besonderes Abonnement zu dem Preise von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Kommanditisten, für auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. — Bestellungen von auswärts sind direkt an die Expedition zu richten.

## Expedition der Posener Zeitung.

### Amtliches.

Berlin, 26. Febr. Se. Majestät der König haben Alldernächst geruht: Dem Steuer-Einnahmen Moll zu Lebach im Kreise Saarlouis den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Kortmeister Niemeyer zu Bellerfeld in Hannover den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem praktischen Arzt Dr. Stilling zu Kassel den königlichen Kronen-Orden vierten Klasse zu verleihen; den Kreis-Richter Schmidt in Glensburg zum Kreis-Gerichtsrath zu ernennen und dem praktischen Arzt Dr. Hauck in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

### Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 26. Februar, Vormittags. Die "Debatte" veröffentlicht folgendes Telegramm aus Konstantinopel vom 24. Februar: Ömer-Pascha ist in Folge des ausdrücklichen Befehls des Sultans seine Abreise auf seinen Posten als Höchstkommandirender der Truppen des Donau-Bilajeths zu beschleunigen, nach Rustchuk abgegangen. Die Truppen an der Donau sollen ansehnlich verstärkt werden. Ali-Pascha wird Freitag in Konstantinopel zurückverwaltet.

Wien, 26. Februar, Abends. Dem Wiener "Fremdenblatt" zufolge ist durch kaiserliche Entschließung vom 18. d. für den Ausgang des Monats März d. J. eine namhafte Reduktion in sämtlichen Truppengattungen angeordnet worden.

Die Session des Reichsraths wird, wie die "Neue freie Presse" erfährt, am 6. April geschlossen werden.

Dresden, 26. Februar Nachmitt. Eine Bekanntmachung der Regierung kündigt die Abreise der Delegation zur Rückkehr am 30. September d. J. an. Die Abreise ist bestimmt mit dem 29. d. Mts. schliezenden Landtages-Session, die Abfindungsangelegenheit mit dem Hause zu ordnen. Wir glauben daraus schliezen zu dürfen, daß es sich wirklich um eine formelle Enttägung Georgs handelt, wie wir sie hier als unerlässlich bezeichnet haben.

England, am wenigsten die öffentliche Meinung des Landes, hat vom Anfang der Deposition die Prätenzonen des Erkönigs der preußischen Regierung ohne Zweifel entgegenkommen. Wir glauben aber nicht, daß die Arbeit, den Erkönig anderen Sinnes zu machen, eine leichte sein wird, denn die Fortdauer der Agitation ist vielleicht die einzige Lebensfreude des blinden Mannes, und ob er in England wohnt oder in Ostreich, Soldaten werben kann er immer, so lange er Geld hat. Es wird daher wohl Alles darauf hinauslaufen, seine Erben zu einer Pression auf ihn zu bestimmen, und in dieser Beziehung steht der englischen Regierung ein mächtiger Einfluß zu Gebote.

London, 25. Februar, Abends. Unterhaus. Das Haus ist vollständig besetzt. Lord Stanley kündigt an, daß Graf Derby aus Unfall seiner Krankheit resignirt habe. Die Königin habe die Demission angenommen und Disraeli, welcher diese Aufgabe übernommen, mit der Kabinetsbildung beauftragt. Lord Stanley beantragt, das Haus möge sich bis nächsten Freitag vertagen. Gladstone spricht sein Bedauern über die betrübende Veranlassung zum Rücktritt des Grafen Derby aus und stimmt dem Antrage auf Vertragung zu.

Im Oberhause machte Graf Malmesbury dieselbe Mittheilung. Beide Häuser vertagten sich bis Freitag.

Die bevorstehende Kabinetsänderung wird sich darauf beschränken, daß Disraeli das Finanzportefeuille an Sir H. S. Northcote, den bisherigen Staatssekretär für Indien, abgibt und wahrscheinlich Lord Cranborne an Stelle des letzteren tritt.

Die im indischen Amt von General Napier eingegangene Depesche vom 6. d. lautet ausführlicher: Mein Abgesandter, Major Grant, wurde von dem Häuptling Kassai gut aufgenommen. Kassai empfing meine Briefe und Geschenke in einer öffentlichen Versammlung von 2000 Personen. Eine Privat-Audienz fand nicht statt. Kassais Umgebung scheint uns gewogen und empfing uns zum Theil mit herzlicher Bewilligung. Verwickelungen sind daher nicht zu befürchten.

London, 26. Februar, Morgens. Die heutigen Morgenblätter sprechen sich sehr bestredigt über die Berufung Disraelis zur Premierschaft aus. "Times" zufolge dürfte jetzt der Bestand des Torykabinetts für vollständig gesichert angesehen sein. — Nach einer Meldung der "Daily News" steht eine bedeutende Reduktion des Marinebudgets bevor.

London, 26. Februar, Vormittags. Aus Havanna vom 14. d. wird gemeldet, daß die Resolution in Haiti allgemein ist. Fast sämtliche größere Stämme haben sich gegen Salnave erhoben und General Solomon zum Präsidenten proklamiert.

London, 26. Februar, Nachmittags. Der Lordkanzler, Lord Chelmsford, hat resignirt. An seine Stelle tritt Lord Cairns, bisher Ober-ApPELLATIONSrichter. "Globe" zufolge ist es noch zweifelhaft, ob Northcote oder Hunt, einer der Sekretäre des Schatzamtes, das Finanzportefeuille übernehmen wird. Dasselbe Blatt meldet den Eintritt Lord Stanley's in das Oberhaus als bevorstehend.

Florenz, 25. Februar Abends. Der Direktor der Darmstädter Bank, Wendelstadt, hat der Regierung eine Denkschrift überreicht, um die Zinsenzahlung der Eivornischen Obligationen in Silber herbeizuführen. Der preußische Gesandte Graf Usedom hat das Ansuchen unterstützt.

Italienische Rente 52, 50. Napoleon's vor 22, 90.

Petersburg, 26. Februar. Das "Journal de St. Petersbourg" wendet sich gegen die französische Presse und konstatiert bei gewissen Organen derselben eine agitatorische Tendenz gegen Russ-

land, deren praktische Bedeutung noch unbekannt, deren Existenz aber unbestreitbar sei.

Bukarest, 26. Februar. Gegenüber dem Tadelvotum des Senats beschloß die Deputirtenkammer mit 91 gegen 32 Stimmen, dem Ministerium ein Vertrauensvotum zu erteilen und dasselbe ihrer wirkamen Unterstützung zu versichern.

### Die Interpellation wegen der Welfen-Agitation

ist in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, wie unsere Leser unten finden werden, vortrefflich begründet worden. Es ist den Worten des Abgeordneten v. Kardorff kaum etwas hinzuzufügen. Auch die Antwort des Handelsministers hat im Ganzen befriedigt, nur ist uns noch nicht klar, wie er durch die guten Dienste einer anderen Regierung Garantien gegen die Fortsetzung der welfischen Umtriebe zu erlangen hoffen kann. Es läßt sich mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß Herr v. Beust, um das gute Einvernehmen mit Berlin wieder herzustellen, dem Hesse-Hessen-Hessen das Consilium abeundi zustellen wird. Dieser Gesellschaft bliebe dann wohl nur die Wahl zwischen der Schweiz und England. Aus der Haltung der schweizerischen Behörden gegen die hannoverschen Legionäre haben wir indeß entnehmen können, daß sie ihrerseits froh waren, dieses Besuchs ledig zu werden, und danach darf das Hesse-Hessen-Hessen-Hessen kaum erwarten, von der Schweiz aus eine Einladung zu dortigem Aufenthalt zu erhalten. Bleibt also nur England. Und die englische Regierung ist es ohne Zweifel, auf deren Vermittelung unser Finanzminister rechnet, da sie ja das Interesse der Erben des Erkönigs wahrzunehmen hat.

Diese Vermittelung müßte nun sehr schnell eintreten und wirksam werden, wenn unsere Regierung noch in der Lage sein sollte, im Laufe dieser, bestimmt mit dem 29. d. Mts. schliezenden Landtages-Session, die Abfindungsangelegenheit mit dem Hause zu ordnen. Wir glauben daraus schliezen zu dürfen, daß es sich wirklich um eine formelle Enttägung Georgs handelt, wie wir sie hier als unerlässlich bezeichnet haben.

England, am wenigsten die öffentliche Meinung des Landes, hat vom Anfang der Deposition die Prätenzonen des Erkönigs der preußischen Regierung ohne Zweifel entgegenkommen. Wir glauben aber nicht, daß die Arbeit, den Erkönig anderen Sinnes zu machen, eine leichte sein wird, denn die Fortdauer der Agitation ist vielleicht die einzige Lebensfreude des blinden Mannes, und ob er in England wohnt oder in Ostreich, Soldaten werben kann er immer, so lange er Geld hat. Es wird daher wohl Alles darauf hinauslaufen, seine Erben zu einer Pression auf ihn zu bestimmen, und in dieser Beziehung steht der englischen Regierung ein mächtiger Einfluß zu Gebote.

Daß Georg feierlichen Verzicht ausspreche, darauf wird, wie zuverlässig gehofft werden darf, unsere Regierung um so mehr halten, als sie die Gewissheit erlangt hat, daß die Agitationen des Erkönigs im geeigneten Moment nicht ohne Nachdruck von mächtiger Seite bleiben würden. In den neuen Instruktionen, welche unser Gesandter in Wien, Baron v. Werther, in Folge der Beustschen ziemlich zweideutigen und von der "N. A. Ztg." scharf genug kritisierten Neuherungen im Reichsrath, erhalten hat, wird deutlich genug zu verstehen gegeben, daß die Erörterungen zwischen dem Berliner Kabinete und den Tuilerien tiefen Einblick in die Intrigen Ostreichs gewährten und daß sogar diplomatische Aktenstücke vorliegen, welche über die bisher unbekannten Zwecke und Ziele der hannoverschen Legion ein eindrückliches Licht verbreiten. Wie es scheint, will die preußische Diplomatie aus der Summe der Thaten eine Verleugnung des Prager Friedensvertrags herleiten. Damit soll der Absicht Beusts vorgebeugt werden, mit demselben Vertrage die Überbrückung des Mains durch das Zollparlament zu hindern, eine Absicht, die Beust im Rothbuche ziemlich unverschleiert hingestellt hat. Endlich erklärt man hier, der friedlichen Worte der österreichischen Regierung müßte zu sein, da derselben feindselige Thaten entgegenstehen. Es wird sogar darauf hingewiesen, daß noch vor nicht langer Zeit von Preußen ernsthafte Vorschläge in Wien gemacht wurden, um die zukünftige Stellung der deutsch-österreichischen Provinzen zum Norddeutschen Bunde für gewisse Möglichkeiten vorzubereiten. Das freundliche Entgegenkommen sei kurz von der Hand gewiesen worden. Kurz, man erhebt gegen das Wiener Kabinett den Vorwurf, daß es ungeachtet seiner Erklärungen in der Pariser-Gelegenheit, wie in der Welfenfahrt eine Politik verfolgt habe, welche die Spannung zwischen den beiden Regierungen erhöhen müsse. Jedenfalls sind die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien nicht unter den grünen Tisch gefallen, wie behauptet wurde, und so lange Georg in der Nähe Wiens bleibt, kann man nicht wissen, zu welchen Thörheiten er sich durch seine Umgebung noch verleiten läßt.

Die preußische Regierung müßte, so ungefährlich diese Agitationen auch wären, doch ihnen gegenüber stets auf der Hut sein, und wenn wir die heutige "Prov.-Korresp." recht verstehen, so wird Preußen nimmermehr dulden, daß in der Nähe seiner Grenzen dauernd Komplotten geschmiedet werden. Das Blatt schließt seine Bemerkungen über das Dreien Georgs damit:

"Ebenso wie die österreichische Regierung, verurtheilt die Bevölkerung Ostreichs und ganz Deutschlands das freventliche Treiben des verbündeten Fürsten; vor Allem wird überall erkannt, daß derselbe durch seine völlig eitlen Unternehmungen diejenigen Hannoveraner gerade, welche ihm eine gewisse Dankbarkeit und Anhänglichkeit bewahrt haben, immer aufs Neue in Schwierigkeiten

Inserate  
1¼ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

### Deutschland.

Preußen, 26. Februar. Die Bündnadelgewehrausrüstung auch der preußisch-norddeutschen Landwehr, und zwar in dem ganzen Umfange ihrer neuen Organisation, wird als bewirkt angegeben. Es würde das bei 213 Landw.-Bataillonen in der Kriegsstärke von je 800 Mann einer Zahl von 169,400 Gemeinen gleichkommen, welche allein zu diesem einen Zweck haben hinterlegt werden müssen und wobei die nothwendigen Reservebestände an Gewehren noch gar nicht einmal mit in Betracht kommen. Ausgetheilt befinden sich diese Gemeine mit dem Schlusse des Feldzuges von 1866 an 24 Landwehr-Bataillone, oder an 19,200 Mann und sind demnach seit jenem Zeitpunkt pr. pr. 150,000 und die Reservebestände inbegriffen, 180,000 Gewehre. Beide Gewehre dieser neuen Bewaffnung abgegeben worden. Es treten jedoch noch hinzu die für die Ausrüstung der vierten und Erzäh.-Bataillone in den Depots hinterlegten und die zur Bewaffnung der neuerrichteten Einheitstruppen verwendeten Gewehre, wie pr. pr. 50,000 bis 60,000 Stück, welche an das sächsische Armeekorps, an die hessische und badische Division und an Württemberg überlassen worden sind, so daß die Ziffer der seit 1866 gefertigten neuen oder umgeänderten Bündnadelgewehre gewiß nicht zu hoch auf pr. pr. 300,000 veranschlagt werden darf. Von den auswärtigen Staaten hat allein Frankreich mit dieser immensen Anstrengung gleichgehalten, ja dieselbe eigentlich noch übertroffen, denn die Ausrüstung der gesammten aktiven französischen Armee mit den neuen Chassepot-Gewehren wird übereinstimmend vollständigen Abschluß als soweit vorgeschritten bezeichnet, daß gegenseitig werden kann. Nur hat freilich Frankreich, um dieses Ziel zu erreichen, während der letzten beiden Jahre nahezu seine ganze Kraft auf diese eine Aufgabe verwenden müssen, während in Preußen und Norddeutschland die Bewaffnungs-Angelegenheit ohne irgend welche bemerkbare außergewöhnliche Anstrengung ebenso behandelt worden ist. In allen anderen Staaten befindet sich dagegen die Bewaffnung ihrer Armeen mit neuen Hinterladungswaffen noch kaum über das Anfangs- und Vorbereitungstadium vorgesetzten.

So wenig Gewicht hier bisher auch auf die in der Bildung einer hannoverschen Legion enthaltene Drohung gelegt worden ist, so dürfte der französische Vorschlag, die nach Frankreich übergetretenen Offiziere und Mannschaften derselben der französischen Fremdenlegion einzuverleiben, doch schwerlich bei dem preußischen Kabinett eine Zustimmung finden. Es steht diesem Vorschlag außerdem aber auch der Umstand entgegen, daß nach den Organisationsbestimmungen der Fremdenlegion auswärtige Offiziere überhaupt von der Aufnahme in dieselbe ausgeschlossen sind. Nun besitzt die hannoversche Legion aber ein sehr starkes Offizierkorps, und es bliebe jenen Bestimmungen gegenüber also nur der Ausweg, entweder die Legion als gefördertes Bataillon der Fremdenlegion hinzuzufügen, oder wie dies früher in Frankreich mit den 1831, 1846 und 1848 dahin übergetretenen polnischen Insurrektionstruppen geschehen ist, die Mannschaften allein in die Fremdenlegion einzutreiben und die Offiziere auf die Flüchtlings-Unterstützung zu setzen. Mit beiden Maßregeln dürfte jedoch Preußen oder Norddeutschland schwerlich gedenkt sein; denn selbstverständlich besitzen die Ansammlungen von ein Paar Hundert flüchtigen Hannoveranern in Holland oder der Schweiz und der Übertritt einer geschlossenen Schaar in den französischen Dienst eine sehr verschiedene Bedeutung und dies legte würde doch tatsächlich durch den erwähnten Vorschlag bewirkt werden. Zum erwünschtesten möchte darum jedenfalls die thatfächliche Auflösung und Verstreitung der hannoverschen Legion erscheinen und stände bei einem darauf abzielenden Entschluß der französischen Regierung sicher von Seiten des preußischen Gouvernements das bereitwilligste Entgegenkommen zu gewähren.

Diejenigen Mannschaften, welche während des Feldzuges von 1866 freiwillig in die Armee eintraten und nach der Demobilisierung wieder entlassen wurden, sollen, wenn sie mit Eintritt des dienstpflichtigen Alters zur Aushebung kommen, bei der Kavallerie im dritten Jahre während der Wintermonate, bei den übrigen Waffen schon nach zweijähriger Dienstzeit zur Disposition der Truppentheile beurlaubt werden.

Zur Einstellung in die Armee sollen in diesem Jahre 230 Schüler der Sekunda und Prima des Berliner Kadettenkorps bestimmt werden sein.

Das General-Postamt des Norddeutschen Bundes hat innerhalb 15. d. M. ein Regulativ über die Beschäftigung und Anstellung von Civil-Anwärtern im Postdienste erlassen. Dasselbe gilt für den Umfang des gesamten Bundesgebietes und eröffnet den Post-Eleven (welche, um als solche zugelassen zu werden, entweder das Zeugnis der Reife für die Universitätstudien oder das selbe Zeugnis von Realschulen erster Ordnung beibringen müssen) die Aussicht, ohne Ablegung eines zweiten Exams, auf die Stellen als Ober-Postsekretäre, mithin der Expeditionsvorsteher in größeren Postämtern und der Bureaubeamten erster Klasse bei den

Ober-Postdirektionen, ferner der Rendanten, Kassirer und Buchhalter der Ober-Postkassen. Das zweite Examen wird nur erfordert für die Stellen als Ober-Postdirektoren, Ober-Posträthe bei der Centralverwaltung, ferner Posträthe, Vorsteher von Amtmännern erster und zweiter Klasse, Postaufsichtsbeamten, einschließlich der Ortsklassen-Kontrolleure. Was den neu eintretenden Eleven in Aussicht gestellt wird, gilt natürlich auch für die bereits im Amte befindlichen.

— Die Resultate der Volkszählung vom 2. Dezbr. sind jetzt zusammengestellt und lauten keineswegs erfreulich. Die Bevölkerungsanzahl des ganzen Staats, an welcher die Regierungsbezirke Düsseldorf, Oppeln und Berlin das Hauptverdienst tragen, ist eine viel schwächere als in früheren Triennien. In einer ganzen Anzahl von Regierungsbezirken, als Kassel, Wiesbaden, Münster und Minden hat sogar Abnahme der Bevölkerung stattgefunden. Der Krieg, die Cholera und die ungünstige Witterung haben sich eben bemerklich gemacht.

— Mehrere Zeitungen waren ziemlich freigiebig mit Enthüllungen aus den Gesprächen des Generals Schurz mit dem Grafen Bismarck mehr oder weniger harmloser Natur. Einsichtigen war es von vornherein klar, daß man solche Unterredungen, sofern sie wirklich Bedeutsames enthielten, nicht an die große Glocke hängt, und daß sie, soweit sie mitgetheilt werden können, nichts von Bedeutung enthalten werden. Schwerlich harmloser Art war eine Mitteilung, wonach Graf Bismarck gegen Schurz geäußert haben sollte, daß er die Bevölkerung Deutschlands für unbedingt nothwendig halte, und überhaupt die Neuerungen Bismarcks auf weitgehende Pläne deuteten. Der „Rhein. Kurier“ bringt nun eine Erklärung, ohne Zweifel des Redakteurs, wonach derselbe aus dem Munde des Herrn Schurz selbst erfahren hat, daß alle jene Erzählungen mehr oder weniger Phantasie und größtentheils erfunden seien. Namentlich in Betreff jener Erzählung des „Frankfurter Korrespondenten“ bemerkte Schurz: „Ob Bismarck an diese unbedingte Nothwendigkeit glaubt, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß er mir das nicht gesagt hat.“

— Die Wissenschaft hat einen herben Verlust erlitten, daß preußische Königshaus einen größeren an seinem treuesten, erfahrensten und geschichtskundigsten Historiographen, der kleine Kreis seiner mit ihm alt gewordenen Freunde den größten. Professor Dr. Joh. David Erdmann Preuß, geistig und körperlich frisch, und trotz seiner 83 Jahre noch immer wirksam und regsam, ist gestern Morgen 2 Uhr verschieden. Derselbe war am 1. April 1785 zu Landsberg a. W. geboren, fungirte vom 26. März 1816 bis zum 29. April 1860 als Professor der Geschichte am königlichen medicinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Institut und lebte seitdem als königlicher Historiograph des preußischen Staats in Berlin. Aus den Werken seiner reichen schriftstellerischen Thätigkeit auf dem Gebiete der väterländischen Geschichte erinnern wir hier nur an drei der bedeutendsten, an: „Friedrich der Große.“ Eine Lebensgeschichte. Berlin, 1832—34. (4 Bände Text und 5 Urkundenbücher.) „Die Lebensgeschichte des großen Königs Friedrichs von Preußen.“ Ein Buch für Gedächtniss. Berlin 1834. (2 Bde.) „Die Geschichte Berlins, 1846—57.“ 30 vols., welche in den weitesten Kreisen Verbreitung und verdiente Anerkennung gefunden haben.

Unter den 100 Professoren des Stadtgerichts herrscht eine entsetzliche Aufregung. Die Veranlassung derselben ist eine Ministerialverfügung, welche alle diejenigen beim Stadtgerichte beschäftigten Assessoren, die ihr Patent vor 1862 erlangt haben, also die ältesten und am längsten hier arbeitenden, auffordert, sich um die vakante gewordene Kreisrichterstelle in Trebnitz zu bewerben. Während die Aufgeforderten, unter welchen mehrere bereits ca. zehn Jahre unbefoldet arbeitende Assessoren sind, jetzt darauf rechneten, bei den bevorstehenden neuen Stadtrichter-Ernenntungen befördert zu werden, kommt ihnen diese Verfügung ganz unerwartet.

— Einer Privatdepeche der „Hamb. Nach.“ aus Berlin zu folge besteht die Kommission, welche zur Untersuchung des Auswandererwesens nach Hamburg und Bremen gehen soll, aus dem preußischen Korvetten-Kapitän Henk, dem Ministerial-Direktor Körner aus Dresden und dem Kaufmann Besselin aus Rostock.

— Die Kaufmänner Güter im preußischen Kreise Rosenberg, deren Erwerbung früher vom Kriegsminister v. Noor beabsichtigt wurde, sind jetzt im Werthe auf die Summe von 1,100,000

Thaler festgestellt. Es haben die Kaufleute Blum und Behrend in Deutsch Eylau und Stadtrath Schwedt in Elbing die Erbantheile der Schlemmerschen Erben erworben und dieselben sind nun mit dem Kommerzienrat Bittrich in Königsberg gemeinsam Besitzer der ausgedehnten Herrschaft. Wie verlautet, wollen sie auch des letzten Anteils ankaufen und sobald sie im vollen Besitz der Güter sind, mit dem Verkauf der einzelnen Vorwerke und der Abholzung der Waldungen vorgehen.

— Es wird vielfach angenommen, daß es für die Wirkung der Proteste heftig gleichgültig sei, auf welchen Antrag nach Inhalt des Protests der Alt vorgenommen sei. Dies ist vom Obertribunal als irrtümlich bezeichnet und angenommen, daß derjenige, welcher den Wechselprotest erheben lasse, entweder zu dem den Regress-Anspruch erhebenden Wechsel-Inhaber in irgend einer wechselseitlichen Beziehung stehen, oder sich mit dem Wechsel selbst im Verbande befinden müsse. Beide es an dieser Voraussetzung, so lasse sich dem erhobenen Protest irgend eine wechselseitliche Wirkung und Bedeutung nicht belegen und sei der Wechsel, trotz des vorhandenen Protestes, präjudiziert.

Frankfurt a. M., 25. Febr. Über den Unfall, welcher Se. Hoh. den Herzog Adolf von Nassau gestern betroffen, meldet das „Fr. J.“ heute Folgendes: Der Herzog, welcher bekanntlich seinen Winteraufenthalt in unserer Stadt genommen, stürzte gestern Mittag gegen 2 Uhr bei einem Spazierritt um die Promenaden an der Ecke der Sternstraße mit seinem Pferde so unglücklich, daß er ohnmächtig in ein Haus der Eschenheimer Anlage gebracht werden mußte. Hier lag der Herzog bis 5 Uhr, wo er in seine Wohnung, das Rothschild'sche Palais auf der neuen Mainzerstraße, gefahren werden konnte. Eine äußerliche Verlegung hatte er nicht davongetragen, wohl aber eine heftige innere Erschütterung, welche eine schlaflose Nacht und Erbrechungen zur Folge hatte. Der Morgen verlief ruhiger und das neueste Bulletin von heute, 10 Uhr Morgens, lautet: „Die Erscheinungen der Erschütterung haben nachgelassen. Der Zustand ist beruhigender.“

### Der Notstand in Ostpreußen.

— Der am Sonnabend Abend geschlossene Hamburger Bazar des Frauen-Hülfswerks für Ostpreußen hat eine Gesamtsumme von 58,000 Mark, also fast 24,000 Thlr. ergeben, welche Summe indessen noch überschritten werden wird, da die zahlreichen noch übrig gebliebenen Gegenstände zur Ansicht ausgestellt und zur Verloosung kommen sollen.

### Großbritannien und Irland.

London, 24. Februar. Die größte Lokalneugkeit des Tages ist die, daß der Rev. Mr. Speke, über dessen Verschwinden so viele Hypothesen aufgestellt und Befürchtungen wachgerufen worden waren, lebendig aufgefunden worden ist. Wo? wissen bis zu diesem Augenblick nur die Polizei und die Verwandten, doch ist die Sache verbürgt.

### Frankreich.

Paris, 24. Februar. In unseren leitenden Regionen herrscht großer Misstrauen. Außer den schlimmen Nachrichten aus dem Oriente ist auf dem hiesigen auswärtigen Amte eine unangenehme Note aus London angelangt. Lord Stanley beschwert sich in den gesammelten orientalischen Kräfte und fordert unsere Regierung auf, nach den Schritten Englands zur Unterstützung der Türkei offen anzuschließen. Der Kaiser und alle Mitglieder der hiesigen Regierung sind fest entschlossen, eine ernste Ausdehnung Russlands oder auch nur seines Einflusses in dem europäischen Oriente nicht zu dulden, und vor diesem bestimmten Willen Frankreichs, das hierbei auf Englands und Westreichs Beistand mit Gewissheit zählen kann, werden die Friedensstörer hoffentlich noch zurückweichen. Unsere offiziösen Blätter haben sämtlich den Befehl erhalten, das Feuer gegen die russisch-rumänisch-serbischen Umtriebe, welches sie eine Zeit lang auf höhere Anweisung eingestellt hatten, von Neuem zu eröffnen.

— Der Kampf um die Pressefreiheit, der im gesetzgebenden Körper Frankreichs geführt wird, gestaltet sich zur furchtbaren Anklage der Regierung, der sie seit der mexikanischen Expedition ins Gesicht sehen muß. Auffallend ist hierbei die Talentlosigkeit der Regierungspartei. Die kleine Opposition fegt das ganze Terrain, und die geistigen Elliputaner der Majorität können nichts mehr erwideren, nichts Geundes und nichts Ungeundes, als daß sie zur Abstimmung schreiten, zur parlamentarischen Guillotinierung der Gedanken und Neuerungen. Jules Favre ist ihnen immer der gefährlichste Feind.

### W. A. Vom Monde.

Bon allen Himmelskörpern, die wir als Lichterscheinungen am Firmamente erblicken, hat von jeher der Mond am meisten das Interesse der Menschen auf sich gezogen. Sein mildes, bleiches Licht, das unsre Nächte mit magischem Hellendunkel erleuchtet, in dem es sich so schön träumen und schwärmen läßt, die hohe, leidenschaftslose Ruhe, mit der er seine Bahn am Himmel verfolgt, und das gleichsam freundlich lächelnde Angesicht, mit dem er auf uns herabblickt, haben die poetischen Gemüther aller Seiten bewogen, ihn zu ihrem Vertrauten zu machen. Unzählige Seufzer sind zu ihm empor gestiegen, unzählige gute und schlechte Lieder und Huldigungsgedichte hat er mit immer gleich geduldiger Freundlichkeit entgegengenommen, unzählige Liebesgeschichten sind endlich bei „Luna's leuchtendem Silberstrahl“ geschworen und nachher — beim hellen Sonnengold gebrochen worden, was uns jedoch hier jetzt nicht beschäftigen soll.

In der Mythologie der Griechen, die bekanntlich gern die Ercheinungen und Kräfte der Natur personifizirten, ist der Mond — Selene, oder lateinisch Luna — die Schwester des Sonnengottes Apollo oder Helios, die leuchtende Jägerin Diana, die sich mit ihrem Gefolge von milchweissen Kühen aufzumacht, wenn ihr feuriger Bruder in den Ocean hinabgetaucht ist, und sanfte Kühlung und mildes Licht verbreitend, ihre Himmelsbahn zurücklegt; dies waren Dianas Lieblingsstunden, wo auch ihr streng jungfräuliches Gemüth weiter wurde und sie ein befehlendes Geiste mit den regierenden Schläfern Endymion erlaubte.

In den ursprünglichen Religionen der altafrikanischen Völker wurde der Mond ebenfalls als göttliche Macht angesehen, ihm geopfert und geheimnisvolle Kräfte zugeschrieben. Bei allen Völkern, zu denen die Civilisation noch nicht gedrungen, wurde und wird der Mond als Urheber und Erzeuger von allerlei Lebend- und Wohlthaten betrachtet. Beschwörer und Zauberer zwingen ihn durch ihre Zauberformeln, Aberglaube richten sich bei ihren Rituale nach seinen verschiedenen Erscheinungen, denen sie Einfluß auf den Zustand ihres Patienten zuschreiben, und der Hirt oder Landmann achtet bei seinen Unternehmungen darauf, ob der Mond im Zunehmen oder Abnehmen ist. Letzteres beschränkt sich leider nicht ganz auf den uncivilisierten Theil der Erdbewohner, auch in unsern hochcivilisierten Ländern laufen unter dem Volke noch allerlei abergläubische Vorstellungen über Kräfte und Einflüsse des Mondes um. Bringt doch das neunzehnte Jahrhundert sogar noch Druck-Ergebnisse hervor, in denen Regeln gegeben werden, was bei zunehmenden und was bei abnehmendem Monde gehandelt werden muß, welchen Dingen der Vollmond oder der Neumond günstig ist ic., die sehr nach dem Saeculum obscurum schmecken, oder ihre Quelle gar in dem naturwissenschaftlichen Sammelsurium des älteren Plinius haben.

Betrachten wir nun aber einmal den Mond an sich, nicht durch die mythisch-poetische Brille des Dichters, nicht mit dem thranenden Auge des unglücklich liegenden Schwärmers sondern durch die guten, stark vergrößernden Fern-

Nur läßt er seiner dämonischen Natur nicht die vollen Zügel schießen; wir glauben nicht, daß es ihm an sittlichem Muth fehlt; er fürchtet vielleicht eher die eigene Aufreibung, denn nach einer seiner letzten Reden mußten sie ihn ohnmächtig hinaustragen. Was kann man Demuthigerdes für Frankreichs jetzige Zustände sagen, als die Worte Jules Favres bei Gelegenheit des Verbots der fremden Zeitungen: „That's all!“ sind alle fremden Zeitungen verboten, denn keine von ihnen hat die vorgängige Ermächtigung nachgeprüft, welche das Dekret von 1852 vorschreibt. Diejenigen, welche solche Blätter in Umlauf brachten, seien sich stets den Strafen des Dekrets aus. Wenn sie nicht bestraft wurden, so geschah es, weil die Sitten stärker sind, als die strengsten Gesetze. Man verurtheilt nicht, aber man ist befugt dazu, und darin liegt das Schmähliche unserer Lage. Wir sind in manu, und weil man uns Gnade widerfahren läßt, sagt man, wir besaßen die Freiheit.“ Nach dieser Darstellung eines Despotismus, der das Damoklesschwert stets über den Häuptern der Bürger aufhängt, zeichnet er mit gleich schärfen Strichen das ganze Eigengebäude des Kaiserthums, das nach Außen mit einer chinesischen Mauer umgeben wird, damit die Wahrheit nicht eindringen. „Was Sie achten wollen“, ruft er der Regierungspartei zu, „das sind die Nachrichten, die Aufklärungen. Sie haben Angst, daß von jenseits der Grenze Erklärungen eingeht, die denen entgegenstehen, welche sie hier feierlich auf der Tribune oder in ihren Blättern abgegeben. . . . Nicht die stylistischen Ausführungen, sondern die Thatachen wollen Sie nicht nach Frankreich dringen lassen, denn sie stören ihre Politik, die immer im Geheimen geht. Wir verlangen die Verbreitung der Wahrheit, die Verbreitung der zeitgenössischen Geschichte, und das ist es eben, was Sie achten.“ Umsonst hat der kaiserliche Schriftsteller die alte Geschichte gefälscht und den Verfall des römischen Weltreichs als dessen Glorie geschildert, um für die falschen Diamanten des zweiten Kaiserthums eine täusende Folie zu schaffen. Die Wahrheit kommt doch an den Tag; sie empört sich in der Jugend gegen die Lüge; sie drückt schwer auf den Geist des Kaisers; er liegt darunter an der Grippe des Ultramontanismus, und kann sich aus dessen tödlicher Schwäche nicht erheben. Derselbe Ultramontanismus, der dem Kaiser Max von Mexiko die tödliche Kugel gegossen, führt ihn von Tag zu Tag mehr dem Abgrunde zu.

### Vom Landtage.

#### 17. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 26. Februar. Eröffnung 11½ Uhr. Am Ministerialamt: Minister Graf v. Dernplitz mit mehreren Kommissarien; später Dr. Leonhardt. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Erster Gegenstand ist der Bericht der Handelskommission über das Gesetz, betreffend die Aufhebung und Ablösung gewerblicher Berechtigungen in den neu erworbenen Landesteilen. — Die Kommission (Referent Graf York v. Wartenburg) beantragt das Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen.

Das Gesetz wird in bloc angenommen, nachdem Herr v. Knefesbeck zu §. 34 die Ansicht geltend gemacht, daß eine Kapitalisierung zu 4 Prozent und nicht, wie der Gesetzentwurf es wollte, zu 5 Prozent der Willigkeit entsprechend in einem bedeutenden Theile der neuen Provinzen sei der Befreiung kaum bis auf 4 Prozent zu befragen. Vielleicht begnüge man sich mit einer Kapitalisierung von 4 Prozent. Ein besonderer Antrag stellt er jedoch nicht.

Zwei Anträge auf das Gesetz eingegangene Petitionen werden durch den gesetzlichen Beschuß für erledigt erklärt.

Zweiter Gegenstand ist der Bericht der Budgetkommission; betreffend die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1864.

Die Kommission (Ref. Herr Haussmann) beantragt, der Staatsregierung über die vorgelegte Rechnung, sowie in Bezug auf die Verwaltung des Staatschates für das Jahr 1864 Decharge zu ertheilen.

Das Haus trifft dem Antrage ohne Debatte bei.

Es folgt der mündliche Bericht der Eisenbahnkommission über das Gesetz, betreffend die Billigung einer bedingten Zinsgarantie für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Posen nach Thorn und Bromberg.

Die Kommission beantragt, dem Gesetz-Entwurf in der Fassung, wie er vom Abgeordnetenhaus angenommen worden ist, zuzustimmen.

Ref. Graf Lehndorff befürwortet diesen Antrag, indem er die große Wichtigkeit der projektierten Bahn darlegt und die großen Vortheile des abgeschlossenen Vertrags hervorhebt.

Der Handelsminister betont, daß der Bau der betreffenden Bahnstrecke große Eile habe, um die für den Verkehr so sehr hinderliche Lücke auszufüllen. Er legt sodann seine Anträge über die Zulässigkeit der Zinsgarantie in vorliegenden Falle in ähnlicher Weise dar, wie er dies im Abgeordnetenhaus gethan hat, gibt einen Überblick über die Verhandlungen mit Privaten und speziell den englischen Geschäftsmenschen, die in Betracht des Baues der Bahn ohne Erfolg geplänet worden sind und erklärt, daß man jetzt unmöglich länger mit dem Bau jögern könne, um sich auf neue Langwierige und vielleicht erfolglose Verhandlungen einzulassen. Es sei ihm hierbei das Eigentümliche passiert, daß der Finanzminister, der sonst doch nicht so freigiebig wäre, in der betreffenden

Lambert, Euler, Autolykus 9,000 Fuß, 2½ Meilen,  
Eudox, Pytheas 11,000 : 7 Meilen,  
Heitor 13,000 : 4 Meilen,  
Bernoulli 18,000 : 3½ Meile.

Zur Vergleichung fügen wir bei, daß der Krater des Aetna auf Sicilien nur 4000 Fuß als oberen Durchmesser hat.

Bei der Betrachtung einer Mondkrater fällt es uns auf, daß nichts unseres Blutzsystems oder Meeren und Seen Ähnliches darauf zu finden ist. Mehrere graue Flecken, die fast gar keine Gebirge einschließen, sind allerdings von ältern Astronomen als Meere angegeben und bezeichnet worden; doch haben sich diese Beobachtungen schon lange als irrite erwiesen; denn flüssiges Wasser auf der Oberfläche des Mondes müßte unmittelbar fließen, und es ist festgestellt, daß der Mondglobus von keiner Wolke, nicht einmal von einer der unfrigen analogen Atmosphäre umgeben ist. Trotzdem werden jene großen grauen Flecken, deren eigentlichen Charakter man noch nicht sicher erforscht hat, auf den Mondkarten noch immer mit den ihnen von jener ältern Astronomen beigelegten Namen bezeichnet, so z. B. mare noctis, mare nubium, mare imbrium etc.

Unter diesen Umständen, bei dem gänzlichen Mangel einer Atmosphäre, wie die unfrige ist, bei dem Fehlen des Wassers ist es unmöglich, daß der Mond wie die Wesen bewohnt werde, die uns ähnlich sind. Selbst für ein Thier- und Pflanzenleben, wie es die Erde darbietet, sind die nötigen Bedingungen nicht vorhanden. Alles daher, was über die Mondbewohnerhaft gesagt worden ist, gehört in das Reich der Hypothese und entbehrt faktischer Begründung. Es ist allerdings wohl wahrscheinlich, daß die Erde nicht der allein bewohnte Weltkörper sei, denn da Alles in der Schöpfung einen Zweck hat, so wird auch der Mond, werden auch die Planeten einen solchen haben, und nicht bloss den unbedeutenden, als Lichterscheinungen in unsrer Nächten zu glänzen. Welcher Art indeß dieser Zweck ist, welche Gestalten das Leben auf dem Monde und den anderen Himmelskörpern annimmt, ob überhaupt ein Leben auf ihnen stattfindet, das hat bis jetzt noch nicht erforscht werden können, und wenn es überhaupt möglich ist, darüber etwas zu erfahren, so müssen wir gehuldigt warten, bis die vorgebrachten Wissenschaften im Stande ist, die Aufschlüsse dazu zu geben.

Was die Kenntnis von der Gestalt der Mondoberfläche anbetrifft, so ist in der Photographie ein Mittel vorhanden, die selbe wie möglich kennenzulernen. So wurden z. B. auf der römischen Sternwarte unter Leitung des Astronoms Sechi photographische Bilder von einzelnen Theilen des Mondes, namentlich von Ringgebirgen und Kratern in einer solchen Aufnahmefähigkeit dargestellt, daß selbst die besten Beobachtungen unserer irdischen Baulane keine so deutliche Vorstellung von ihren Formenverhältnissen gewähren. Die bedeutende (7—900fache) Vergrößerung des zu solchen photographischen Aufnah-

röre der Astronomen, die sich mit dem Monde schon seit ziemlich langer Zeit beschäftigen und verhältnismäßig viel über ihn erfuhrten haben.  
Der Mond ist eine fast reguläre Kugel, nicht an seinen Polen abgeplattet, wie die Erde, und der Durchmesser dieser Kugel beträgt 466 deutsche Meilen, d. h. etwas über ein Viertel des mittleren Erd Durchmessers, welchem man auf 1718½ Meilen berechnet. Das Volumen des Mondes ist daher, wie sich durch Rechnung leicht finden läßt, nur der neunundvierzigste Theil des Volumens der Erde. Kein Himmelskörper ist der Erde so nahe, wie der Mond, und doch beträgt seine mittlere Entfernung von uns 51,812 Meilen; um die Größe dieser Entfernung der Aufschauung näher zu bringen, bedient man sich gewöhnlich verschlechter Vergleiche; so würde z. B. ein Baden, der vom Monde bis zur Erde reichte, beinahe genauso um die Erde gewickelt werden können, d. h. die Entfernung des Mondes beträgt fast das Vierfache des Umfangs der Erde.  
Der Mondglobus ist mit einer Menge von Gebirgen besetzt, die im Verhältnis zu den geringen Dimensionen derselben eine sehr bedeutende Höhe erreichen. Dem bloßen Auge zeigen sich diese Gebirge als mehr oder minder unregelmäßige Flecken, in welchen die Phantasie bald die Silhouette eines menschlichen Kindes, Mund, Augen, Nase, bald die ganze Gestalt eines Mannes zu sehen geglaubt hat. Durch ein starles Fernrohr betrachtet, nehmen diese Flecken jedoch die Gestalt unserer Baulane mit ihren Krateröffnungen an, nur daß diese kraterartigen kegelförmigen Vertiefungen weit bedeutender sind, als die des Besuchs oder des Aetna. Niemand nennt diese Gebirge Ring- oder Wallgebirge; in der Mitte der schluchtähnlichen Vertiefung, die sie umschließen, erheben sich meistens ein oder mehrere Bergkegel, die jedoch nicht die Höhe des umgebenden Wallens erreichen.  
Es ist gelungen, diese Gebirge möglichst genau zu messen, und zwar mittels des Schattens, den sie, von den Sonnenstrahlen beleuchtet, auf die Mondoberfläche werfen. Schon seit dem vorigen Jahrhundert besitzen wir Mondkarten, die fast ebenso genau und detailliert sind, wie unsere Erdkarten, und auf denen die Hauptgebirge theils mit

den Sitzung des Abgeordnetenhauses die Übernahme der Binsgarantie von Seiten des Staates für diese Bahn geradezu verlangt habe, da er, wie er ausführt, bei Billigung der 40 Millionen-Anleihe für Eisenbahnen in Ostpreußen, d. C. darauf gerechnet habe, daß diese Bahn bald gebaut werde, da hier durch den Ertrag der anderen Bahnen erhöht werden würde.

Das Gesetz wird hierauf fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Schlussberatung über das Gesetz, betreffend die Erhebung jährlicher Aversional-Beiträge in den vom Sollverein ausgechlossenen Gebiets-Theilen.

Ref. Dr. v. Düsberg beantragt, das Gesetz in der vom Abgeordneten-Hause beschlossenen Fassung anzunehmen.

Das Haus tritt dem Antrage bei.

Ebenso wird das Gesetz, betr. das Expropriations-Vorfahren im Bezirk des Stif. Senats zu Ehrenbreitstein, nach kurzer Befürwortung von Seiten des Ref. v. Bernuth und nachdem sich der Handelsminister ausdrücklich damit einverstanden erklärt hatte, in der vom Abgeordneten-Hause beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt die Schlussberatung über die mit den Salinen zu Halle a. d. S. und mit den Interessenten der Saline zu Lüneburg abgeschlossenen Vergleiche.

Referent Dr. Dernburg beantragt: „Das Herrenhaus wolle beschließen: 1) dem am 10. Dezember vor Jahres abgeschlossenen Verträge mit den Interessenten der Saline zu Lüneburg die verfassungsmäßige Genehmigung zu erhalten; 2) dem am 7. d. Mts. mit der Pfannenschaftlichen Saline zu Halle a. S. abgeschlossenen Vergleich die Genehmigung zu erlassen; 3) die Staatsregierung aufzufordern, eine Abfindung der Pfannenschaft zu Halle a. S. mittelst Kapitalzahlung in einem dem seither bezogenen Beigewinn entspregenden Verhältnisse unter Wahrung der Rechte und Interessen der Salzwürter-Bruderschaft anzubauen; 4) die Staatsregierung zu erufen, baldmöglichst für Begründung eines Interimistiums zur Erhaltung der Pfannenschaft und der Salzwürter-Bruderschaft durch Fortbetrieb der Pfannenschaftlichen Saline zu Halle a. S. Sorge zu tragen.“

Das Abgeordnetenhaus hat bekanntlich bei den Verträgen die Zustimmung ertheilt.

Referent Dr. Dernburg befürwortet seine Anträge. Der Vertrag mit der Saline Halle sei zu verwerfen, weil dadurch wichtige Rechtsinteressen und politische Prinzipien verletzt werden wären. Der Vertrag benachtheilige in eminenter Weise die Interessenten. Dieselben wären keine Industrielle; unter den Pfannern befänden sich vielmehr viele unerfahrene Witwen und unverheirathete Jungfrauen, die in Betreff des Geldverkehrs ganz unerfahren wären. Daher käme es, daß sie auf ungünstige Bedingungen eingegangen wären. Wenn man auch die Privilegien der Leute, die ihnen von den preußischen Königen zugesichert wären, aufhebe, so müsse man sie wenigstens angemessen entschädigen. Redner gibt sodann eine Geschichte der Hallenser Saline und ihrer Interessenten, zählt die verschleierten mit denselben abgeschlossenen Verträge u. s. w. und sucht daraus seine Behauptung zu begründen, daß die Interessenten durch den neuerdings abgeschlossenen Vertrag benachtheiligt wären.

„Es sei nicht richtig, daß durch Aufhebung des Salzmonopols die Privilegien hinfällig geworden wären. Nicht nur die zu geringe Höhe der Entschädigungen der Interessenten, sondern auch die Art der Entschädigung sei zu rügen, daß man den Leuten nämlich statt Kapital industrielle Unternehmungen gäbe, auf deren Verwaltung sie sich nicht verständen. Auch die Hallenser würden sehr benachtheilt werden, indem man sie Aktiengesellschaften überliefere, die sie bedrücken, ihren Lohn herabsetzen und der Verarmung führen würden. Diesem Nebelstande würde vorgebeugt werden, wenn der Staat die Salinen behielte. Die Pfanner hätten ihre Zustimmung zu dem Vertrage, wie der Magistrat in Halle in einer Petition es auspricht, auch nicht gegeben, weil sie durch die Bedingungen zu Frieden gesetzt wären, sondern weil sie gefürchtet hätten, bei einem gegen den Gustus anstrengenden Prozeß zu Grunde zu gehen. Das Herrenhaus möge deshalb hier für das geschädigte Recht eintreten, und den Vertrag verwerfen. Es liege dies auch im Interesse der Stadt Halle, die sich treu und opferbereit bewiesen habe. Halle habe in den Freiheitskriegen viel geleistet, und im Jahre 1866 eine Friedensabreise erlassen.“

Es ist unterwegs der Antrag eingegangen, den Vertrag mit den Interessenten der Saline Halle an eine besondere Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Ref. Kommissar Scheele: Zum Abschluß derartiger Verträge, wie der vorliegende, bedarf eigentlich die Staatsregierung der Zustimmung der Landesvertretung nicht; und der Vertrag ist nur deshalb vorgelegt worden, weil es sich um eine Zahlung handelt. Das Haus hat also eigentlich nur darüber zu entscheiden, ob es die Zahlung leisten will oder nicht; und eine Ablehnung dürfte dann doch wohl nur aus dem Grunde zu rechtfertigen sein, wenn die Zahlung zu hoch erscheint, nicht aber, wenn sie zu gering ist. Dazu kommt daß ja doch die Interessenten dem Vergleich zugestimmt haben. Volenti non fit injuria. Ich glaube, daß dies Haus nicht berufen ist, den Vormund der Pfanner zu spielen. — Aber auch aus materiellen Gründen muß die Regierung dem Antrage Frieden gesetzt werden, sonst wird sie überrascht worden ist widersprechen. Den Antrag der Pfanner hält die Regierung überhaupt für unbegründet, und nur weil doch gewisse Bedenken hiergegen laut werden, weil der Anspruch also ein theilweis bestreitbar ist, hat sie einen Vergleich proponirt. Der Herr Referent hat gesagt, daß er seine Information aus den Akten der Pfannenschaft geschöpft habe; es wäre wohl richtiger gewesen, wenn er sich auch an die Regierung gewandt hätte, die ihm gern die erforderliche Information gegeben hätte. — Der Kommissar giebt sodann eine ausführliche Darstellung der einfließenden Verhältnisse, führt aus, daß die Verträge mit den Pfannern nur unter der Voraussetzung der Fortdauer des Monopols abgeschlossen worden und also in Begfall kamen mit Aufhebung des Monopols. — Es sei die Entschädigung so viel bewilligt worden, wie irgend möglich; die Pfanner wären übrigens zum großen Theil nicht so armlich, wie vorherredet es dargestellt, sondern leben meist in guten Verhältnissen. — Die Verhältnisse der Hallenser hätten eigentlich mit diesem Vertrage nichts zu thun; trotzdem aber hätte die Regierung diejenigen, welche brotlos geworden waren, pensioniert. — Ein rationeller Betrieb der Salinen in Halle wäre nur durch eine Konsolidation derselben zu erreichen gewesen. Die Petition der Stadt

Halle wäre im Abgeordneten-Hause einstimmig als eine Einmischung, die nicht zur Sache gehöre, zurückgewiesen worden.

Ein Kommissar des Handelsministers verbreitet sich eingehend über die Höhe und die Art der Entschädigung und weist nach, daß dieselbe in jeder Beziehung angemessen sei.

Herr v. Meding befürwortet den Antrag, die Sache an eine Kommission zu verweisen. Sie sei zu wichtig und schwierig, um bei dem großen Material heute schon darüber entscheiden zu können.

Ref. Dr. Dernburg ist für diesen Antrag, nur in dem Hause, daß ein Interimistum geschaffen wird, um die Lage der Interessenten nicht zu verschlimmern.

Hanselminister Graf v. Henckel spricht gegen den Antrag, da im Interesse der Beteiligten die größte Eile nothwendig sei. Ein Interimistum habe gar keinen Zweck. Wenn der Vertrag nicht bestätigt werde, füge man den Pfannern nur Schaden zu.

Der Antrag auf Verweisung an die Kommission wird abgelehnt.

Graf zur Lippe beantragt dem Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Er motiviert denselben in längerer Ausführung, in der er sich die Deduktionen der Regierungs-Kommissarien anschaut. Die Interessen des Staates und der Pfannenschaft wären durch den Vertrag gleichmäßig gewahrt.

Herr Bildner kann dem Vergleich nicht zustimmen. Nicht blos die Interessen der Staatsregierung, auch die der Staatsangehörigen müssen gewahrt werden. Redner wird sich der Stimme enthalten, da er die Sache noch nicht so gewissenhaft hat prüfen können, um sich ein definitives Urtheil zu bilden.

Dr. v. Senfft-Pilsach rügt, daß der Vertrag so spät an das Herrenhaus gelangt sei; es sei unmöglich, heute darüber zu entscheiden. Da man die Sache nicht zur näheren Erörterung an die Kommission verwiesen habe, werde er gegen den Vertrag stimmen.

Reg.-Kommissar Scheele erklärt, daß der Vertrag so schnell dem Hause vorgelegt worden sei, wie irgend möglich. Wenn der Vertrag verworfen wird, müßt es die Regierung auf einen Prozeß ankommen lassen; dies wird für die Pfanner noch nachtheiliger sein, da es in diesem Hause sehr lange dauern wird, ehe sie überhaupt etwas bekommen.

Graf Brühl wird für den Vertrag stimmen, um die Lage der Pfanner nicht zu verschlimmern. Auch er sei nicht genügend informirt, werde aber doch nicht das bequeme Mittel ergreifen, sich der Stimme zu enthalten.

Herr v. Senfft-Pilsach rügt, daß im Vertrage nicht steht, „vorbehaltlich der Genehmigung der Landesvertretung“. — Die Verhältnisse der Pfanner hätten auf dem Norddeutschen Reichstage bei Aufhebung des Salzmonopols zur Sprache gebracht werden müssen; dann wäre man heute nicht in Verlegenheit.

Regierungs-Kommissar Scheele konstatirt, daß im § 10 des Vertrags ausdrücklich die nachträgliche Genehmigung der Landesvertretung vorbehalten sei. — Die Entschädigungsfrage sei Sache der einzelnen Staaten, nicht des Norddeutschen Bundes.

Handelsminister Graf Henckel spricht: Die Verwerfung des Vertrages schädigt nicht die fiskalischen Interessen, sondern gerade die Privatinteressen der Beteiligten. Wird der Vertrag verworfen, kriegen sie gar nichts und können höchstens den Rechtsweg beschreiten.

Es ist der Antrag eingegangen, die Debatte hierüber bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Graf York motiviert diesen Antrag; man müsse Zeit zur Überlegung gewinnen.

Herr v. Kröcher nimmt den Antrag wieder auf, die Sache jetzt an die Kommission zu verweisen; er müsse sonst gegen den Antrag stimmen.

Der Antrag York wird angenommen; die Debatte hierüber also auf die nächste Sitzung verlagert.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abgeordneten v. Karadorff, welche der Finanzminister sofort zu beantworten sich bereit erklärt. Die Interpellation lautet:

Nach den durch die Tagespresse veröffentlichten Nachrichten hat der König Georg V. — unmittelbar nach der Genehmigung des zwischen ihm und der Krone Preußen abgeschlossenen Vertrages durch den preußischen Landtag — einer Deputation seiner vormaligen hannoverschen Unterknaben eine Empfangsrede gehalten, in welcher die baldige Restauration des Welfenthrones, die baldige Wiederaufrichtung eines freien unabhängigen Welfenreiches in Aussicht gestellt wird. Gleichzeitig mit dieser Nachricht wird allgemein durch die öffentlichen Blätter verbreitet: „daß die Zahl der hannoverschen Deserteure, welche bisher in der Schweiz den Versuch gemacht hatten, eine hannoversche Legion zu formiren und von dort nach dem Elsass gezogen waren, in Folge mäßiger Agitationen, abenteuerlicher Versprechungen und reichlicher Lohnung in stetem Befolge standen.“

Ich erlaube mir an die Königliche Staatsregierung die Anfrage zu stellen: ob die Königliche Staatsregierung bei jenen vorerwähnten provozierenden Neuverfassungen und diesen den gegenwärtigen Rechtszustand in Fragestellenden Thatsachen, die Absicht hat, dem König Georg V. diejenigen Vortheile zu gewähren, welche aus der durch die Publikation in der Gesetzesammlung erfolgenden Perfection des Vertrages sich ergeben würden?

Unterstützt ist diese Interpellation von Mitgliedern aller Parteien: Prinz

Karl zu Hohenlohe, Waldeck, beiden v. Windes, v. Bodum-Dolfs, Gneist, v. Hennig, Lasker, Westen, v. Hoverbeck, v. Grävenitz u. s. w.

Avg. v. Karadorff: Als vor wenigen Wochen die Majorität dieses Hauses die Verträge mit den deposedirten Fürsten genehmigte, hat kein Mitglied dieser Majorität mit leichtem Herzen die exorbitante Summe von 16 Millionen bewilligt, welche für den König Georg ausgeworfen war. Wir entschlossen uns dennoch diese exorbitante Summe zu bewilligen aus trifftigen, politischen Motiven. Wir entschlossen uns zur Bewilligung dieser exorbitanten Summe, weil wir uns sagten, daß in der Annahme dieser Summe von Seiten des Königs Georg ein faktisches Verstoßleben derselben auf den Thron mit einbezogen sei; wir entschlossen uns, diese exorbitante Summe zu bewilligen, weil wir uns sagten, daß wir gerade durch die Gewährung einer grobmütigen, reichen Dotierung uns die Sympathien der Hannoveraner erwerben würden. Wir entschlossen uns, diese exorbitante Summe zu bewilligen, weil wir dadurch bezeugten, daß wir die neuen Landesteile nicht aus freien Vergrößerungslusten einverlebt, sondern daß die Pflicht der Selbstverteidigung und die Erfüllung der Mission Preußens in Deutschland uns dazu geführt haben. Wir entschlossen uns diese exorbitante Summe zu bewilligen aus einem Gefühl der Dankbarkeit gegen Se. Majestät den König, weil wir glaubten, daß wir an den Verträgen, die Se. Majestät der König als souveräner Herr von Hannover und Nassau abgeschlossen, nicht rütteln, daß wir der Großmuth unseres königlichen Herrn, dem wir die Erfolge des Jahres 1866 verdanken, nicht in kleinlicher Weise entgegenstehen sollten. Wir entschlossen uns endlich zur Bewilligung dieser exorbitanten Summe, weil wir diese Verträge als Friedensschlüsse ansahen, welche nach unserer Meinung einen Abschluß der Kämpfe von 1866 bilden, den wir im Interesse der ganzen nationalen Entwicklung für wichtig und nothwendig halten. Und, meine Herren, alle diese wichtigen, politischen Erwägungen werden vielleicht nicht hingereicht haben uns zur Genehmigung dieser Verträge zu bewegen, wenn Graf Bismarck nicht in positiver Weise erklärt hätte, daß er die Frage zu einer Kabinetsfrage erhebe, daß er mit der Genehmigung der Verträge siehe und falle.

Mr. H., es scheint einen Ort zu geben, wo unsere Motive in selbstsamer Weise mitverstanden, wo unsere Großmuth als Schwäche, unsere Friedensliebe als Furcht betrachtet wird. Wenn jetzt dorthin nach Heszing eine Massie Deputationen von Hannover ausgezogen ist, um dem ehemaligen Herrnherpaare Gratulationen und Geschenke zu seiner silbernen Hochzeit zu bringen, so wird gegen diesen Alt der Pietät Niemand etwas einzuwenden haben, und alle würden es natürlich gefunden haben, wenn bei dieser Gelegenheit die Gefühle des Schmerzes und des Trauers ihren Ausdruck gefunden hätten. Aber, Mr. H., was sollen wir dazu sagen, wenn unmittelbar nach der Genehmigung jener Verträge durch den preußischen Landtag die Agitationen in Hannover und die Werbungen für die hannoversche Legion sich verdoppeln und verdreifachen, wenn König Georg den hannoverschen Deputirten in klaren Worten sagt, daß er in kurzer Zeit ein unabkömmliges freies Welfenreich wiederhergestellt zu sehen hoffe? Diese Vorgänge haben einen so weiten Wiederhall gefunden, daß selbst der ehemalige Kurfürst von Hessen gewagt hat, in einem Briefe an seine früheren Untertanen die baldige Wiederkehr seines früheren Regiments in Aussicht zu stellen. Ich will nicht von dem nächsten Egoismus sprechen, der in dem Verhalten des Königs Georg ausgedrückt ist, sondern von dem Inhalt und Plan eines solchen Vertrages, wie Preußen ihn mit dem König Georg abgeschlossen hat. Mr. H., ein solcher Vertrag, in welchem wir 16 Millionen hingeben, ist nicht denkbar ohne irgend eine Gegenleistung. Man giebt nicht 16 Millionen fort für Nichts und wider Nichts. Die Gegenleistung, auf die wir einen gerechten Anspruch haben, ist die, daß König Georg wenigstens stillschweigend die Verpflichtung anerkennet, den Wechsel der Dinge ruhig über sich ergehen zu lassen, die Verpflichtung, sich wenigstens von einer aktiven Beteiligung an allen Versuchen fern zu halten, die darauf hingehen könnten, den Welfenthron zu restaurieren. Möchte König Georg in seinem Herzen die Hoffnung fortfahren, daß irgend welche politische Konstellationen ihn wieder in sein Reich zurückführen könnten, aber, ich meine, der Anstand, — wenn ich mich so ausdrücken darf, die gewöhnliche geschäftliche Loyalität verbietet es ihm, Agitationen zu befördern, wie sie in nah der Genehmigung des Vertrages mit ihm noch vorgekommen sind.

Meine Herren, als vor mehreren Jahren der Erbprinz von Augustenburg die Erbansprüche wieder aufnahm trog des Vertrages des Herzogs, äußerte ein hervorragender englischer Staatsmann, irre ich nicht, Lord Malmesbury, daß wohl ein Prinz, ein Gentleman, aber kein Gentleman, wie aber wird die Geschichte über das Verfahren des Königs Georg gegen uns urtheilen? Mr. H., das preußische Volk hat im Jahre 1866 und den folgenden Jahren, ob es die fiskalischen Interessen, sondern gerade die Privatinteressen der Beteiligten. Wird der Vertrag verworfen, kriegen sie gar nichts und können höchstens den Rechtsweg beschreiten.

Ich erlaube mir an die Königliche Staatsregierung die Anfrage zu stellen:

Um diese Zeit wurde die Königliche Staatsregierung die Anfrage zu stellen: ob die Königliche Staatsregierung bei jenen vorerwähnten provozierenden Neuverfassungen und diesen den gegenwärtigen Rechtszustand in Fragestellenden Thatsachen, die Absicht hat, dem König Georg V. diejenigen Vortheile zu gewähren, welche aus der durch die Publikation in der Gesetzesammlung erfolgenden Perfection des Vertrages sich ergeben würden?

Unterstützt ist diese Interpellation von Mitgliedern aller Parteien: Prinz

der Ebbe und Flut analoge Wellenbewegungen (Oscillationen); es ist jedoch leicht zu beweisen, daß die Oscillationen den Druck der Atmosphäre so wenig verändern, daß der Barometerstand dadurch kaum um das Gehalt eines Millimeters alterirt wird. Es ist also keine Gefahr dabei, wenn man diese Oscillationen bei betreffenden Berechnungen ganz außer Acht läßt.

Der Mond ist ein Satellit der Erde, und diese nimmt durch den Besitz eines solchen eine hervorragende Stellung im Planetensystem ein, da sie der einzige kleinere Planet ist, der einer solchen Auszeichnung genießt. Man hat eine Zeit lang freilich geglaubt, daß auch die Venus von einem Monde auf ihrer Bahn begleitet werde, den Friedrich der Große nach dem Namen seines Freundes d'Alambert genannt wissen wollte; indessen haben sich die desfallsigen Beobachtungen längst als optische Täuschungen erwiesen. Außer der Erde haben nur die drei größten Planeten des Sonnensystems, Jupiter, Uranus und Saturn, und zwar der erste vier, der zweite sechs, der dritte sieben Monde in ihrem Gefolge.

Als Trabant der Erde beschreibt der Mond zugleich mit derselben eine Bahn um die Sonne. Um sich die doppelte Bewegung des Mondes um die Erde und um die Sonne anschaulich zu machen, kann man sie am passendsten mit der zweier tanzenden Personen vergleichen, die sich umeinander drehen, während sie zugleich einen Kreis oder eine andere Kurve um den Mittelpunkt des Saales beschreiben. Die Bahn des Mondes um die Erde ist ebenso, wie die der Planeten um die Sonne, eine Ellipse, deren Brennpunkt beinahe im Mittelpunkte der Erde liegt, so daß sich der Mond in den verschiedenen Epochen seiner Bahn in verschiedenen Abständen von der Erde befindet. Die Ebene der Mondbahn um die Erde ist ein Wenig geneigt zur Ebene der Elliptik, d. h. zur Ebene der Erdbahn um die Sonne, daraus geht hervor, daß die Bahn des Mondes die Elliptik bei seiner Begleitung der Erde um die Sonne schneiden muss, und die Punkte, wo dies geschieht, führen den Namen Knoten. Sie rücken langsam vor und legen den Weg um die Elliptik in 18 Jahren und 8 Monaten um vollständig zurück, und zwar in retrograder, d. h. der Richtung des Mondlaufs entgegengesetzter Bewegung.

Der Beitraum, den der Mond gebraucht, um seine Bahn um die Erde vollständig zurückzulegen, also für uns dieselbe Stellung unter den Sternen wieder einzunehmen, von welcher aus wir seinen Umlauf beobachtet haben, beträgt jetzt ungefähr 27½ Tage, wird jedoch, wie man aus zahlreichen Beobachtungen und Berechnungen geschlossen, mit der Zeit immer geschwindiger, man nennt diesen Beitraum den siderischen Monat und die in demselben durchlaufene Bewegung die siderische Revolution. Während derselben Zeit dreht sich der Mond einmal um sich selbst, er rotiert nämlich so, daß er uns immer dieselbe Fläche darbietet. Auch zum Verständniß dieser dritten Bewegung hilft der oben angeführte Vergleich mit den tanzenden Personen, die sich während ihrer Bewegung um einander auch zugleich um ihre eigene Achse drehen und so sich ge-

gen seitig stets dieselbe Seite zukehren. — In Folge dieser Rotation bekommen wir immer nur eine und dieselbe Seite des Mondes zu sehen, zwar nicht genau, denn der Mond läuft in seinem Lauf eine schwankende Bewegung beobachten, welche etwa 1/14 seines Umlanges beträgt, so daß wir im Ganzen etwa 1/4 seiner Oberfläche betrachten können, von denen 1/2 stets dieselben sind, das fehlende 1/4, aber rechts und links allmählig wechselt. Wir können aus der Beobachtung dieser zeitweise sichtbar werdenden Theile der uns abgewandten Mondhälfte nur mutmaßen, daß auf letzter ein ganz ähnliches Verhältnis von Höhen und Tiefen, Thälern und Gebirgen, wie auf der uns bekannten Seite stände.

Um dieselbe Stellung, von der er ausgegangen, zur Sonne wieder einzunehmen, braucht der Mond etwas länger, als zu seiner siderischen Revolution, nämlich ca. 29½ Tage, und dieser Zeitraum wird mit den Ausdrücken Mondmonat, Lunation oder synodische Revolution des Mondes bezeichnet; er hat die Norm für die Eintheilung unseres Jahres in Monate gegeben. Daß diese synodische Revolution größer ist, als die siderische, ergibt sich mit Nothwendigkeit daraus, daß die Erde, während der Mond seine ganze Drehung um sie vollendet, ihrerseits auf ihrer Bahn weiter vordringt, und der Mond daher noch einen gewissen Raum zu durchlaufen hat, um wieder an den Anfangspunkt der Kurve, die er beschrieb, zu gelangen. Da übrigens, wie wir oben schon erwähnten, die Geschwindigkeit des Mondes allmählig zunimmt, so ist es klar, daß der Mondmonat sowohl, wie die siderale Revolutionszeit von Jahrhundert zu Jahrhundert kleiner werden.

Die auffallendsten Erscheinungen, die uns der Mond darbietet, sind die ebenfalls von seiner Bewegung abhängigen Lichtgestalten oder Phasen, unter denen er sich uns

legenheit zu geben, diese irrite Meinung, die im Lande herrscht, zu berichtigten und das Land, das über diese Frage in großer Aufregung ist, zu beruhigen. Daß meine Interpellation von Seiten dieses Hauses, von allen Parteien unterstützt worden ist, davon mag das Ministerium den Rückfluß machen auf die Stimmung, welche im Lande herrscht. Wenn ich meine Interpellation darauf eingelenkt habe, daß die betreffenden Verträge noch nicht publizirt sind, so habe ich darauf hinweisen wollen, daß, wenn die Staatsregierung heute eine Erklärung abgäbe: wir werden die Verträge nicht publizieren, wir halten uns durch sie nicht mehr gebunden, eine solche Erklärung im Lande mit der größten Befriedigung aufgenommen werden würde. (Hört! hört!) Mr. H., ich weiß, daß die Regierung eine solche Erklärung nicht abgeben kann und nicht abgeben würde; sie kann eine solche Erklärung nicht abgeben aus denselben Motiven, welche sie bewogen haben, die Verträge zu unserer Genehmigung vorzulegen, welche uns bewogen haben, sie zu genehmigen; sie hat die Verpflichtung, das Möglichste zu thun, um ihrerseits die Verträge in möglichst loyaler Weise zur Ausführung zu bringen. Ich habe aber konstatiren wollen, daß die Stimmung im Lande eine solche ist, daß, wenn die Regierung zum Schutz gegen solche Egesse des Vertrag dem König Georg zerrissen vor die Füße werfen sollte, dies nicht befürchtet, sondern allgemeinen Jubel im ganzen Lande hervorrufen würde. (Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt: Meine Herren! Indem die königliche Regierung mit dem König Georg das Abkommen vom 29. September v. J. abschloß, hat sie nicht glauben können, damit eine definitive Anerkennung der Ergebnisse des Prager Friedens durch den König Georg erlangt zu haben, wohl aber war sie zu der Voraussetzung berechtigt, daß der König Georg mit seiner Unterschrift mindestens die Verpflichtung übernahm, auf Fortsetzung der Feindseligkeiten gegen den preußischen Staat zu verzichten. Es konnte unmöglich die Absicht der Kontrahenten sein, daß der preußische Staat dem König Georg die Mittel zu feindlichen Handlungen gegen Preußen zur Disposition stelle. (Bravo!) Wenn dennoch bald nach dem Abschluß des Vertrages durch die Verstärkung der von Hieging ausgehenden Agitationen die Vermuthung gerechtfertigt worden ist, daß der König Georg sich von jener Voraussetzung loszufügen beabsichtigte, so hat die königliche Regierung sich doch dadurch nicht irre machen lassen in dem Bestreben Behufs der einstigen Verständigung mit dem König Georg oder dessen Erben für ein friedliches Abkommen durch die geistlich bedeutenden Mittel in der Zustimmung der beiden Häuser des Landtages eine gesetzmäßig feststehende Grundlage zu gewinnen. Demgegenüber sind von Seiten des Königs Georg die Feindseligkeiten, so viel in seiner Macht stand, nicht eingestellt worden (Hört! hört!), derselbe hat namenlich nicht unterlassen, aus preußischen Unterthanen, welche durch seine Agenten angeworben und zum Theil zur Deserteion veranlaßt wurden, Truppentreppen zu bilden, welche unter der ausgesprochenen Absicht, sie bei nächster günstiger Gelegenheit zu feindlichen Handlungen gegen Preußen Behufs Losreißung einer Provinz des Staates zu verhindern, militärisch organisiert, mit Offizieren und Unteroffizieren für den künftigen Dienst versetzen und zu dem Kriege gegen das eigne Vaterland eingetragen wurden. (Hört! hört!). Der dienstliche und Geldverkehr zwischen diesem Truppentheil und der bei dem König Georg in Hieging beständigen Diensteschaft ist amtlich festgestellt (Hört!), der König Georg persönlich hat in seinen öffentlichen und zur Notorietät gelangten Äußerungen sich zu den Bestrebungen gegen den preußischen Staat, welche diesem Treiben zu Grunde liegen, bekannt und zur Fortsetzung derselben aufgemuntert. Diesem Verfahren, soweit sie es vermugt, ein Ziel zu setzen, eventuell ihrerseits in keiner Weise Vorschub zu leisten, erkennt die königl. Regierung als eine gebieterische Pflicht (lebhafte Bravo!), welche ihr der Ruhe des Landes und dem Frieden Europas gegenüber obliegt. In diesem Sinne hat sie bereits, und schon vor den jüngsten Vorgängen in Hieging, den Versuch gemacht, durch die Einwirkung verwandter und freundeider Horte, den König Georg zu demjenigen Verhalten zu vermögen, welches nach Treue und Glauben den Voraussetzungen entspricht, unter denen allein die Unterzeichnung des Vertrages vom 29. September möglich war. Die zu diesem Zwecke erwartete Einwirkung ist der königl. Regierung bereitwillig zugesagt worden und glaubt dieselbe die Rücksicht schuldig zu sein, daß sie das Ergebnis ihrer Bemühungen abwartet. Sollte auf diesem Wege die Bürgschaft der königl. Regierung nach den bisherigen Erfahrungen für das Innthalten des Vertrages bedarf, nicht rechtzeitig gewonnen werden, so wird sich die königl. Regierung lediglich von den Pflichten leiten lassen, welche ihre Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Staatsgebietes und für die Ruhe der Bewohner derselben ihr auflegt. Der Landtag wird ohne Zweifel die Rücksichten würdigen, welche die königl. Regierung aufzuhalten, gegen den König Georg persönlich dasjenige Rechtsverfahren einzuleiten, welches nach den bestehenden Landesgesetzen die Beschlagnahme seines Vermögens zur unmittelbaren Folge haben würde. (Bewegung.) Die königl. Regierung wird es in diesem Falle vorziehen, den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten, um das gesamme Vermögen des Königs Georg für die Kosten der Überwachung und der Abwehr, sowie aller Konsequenzen der staatsgefährlichen Unternehmungen dieses Fürsten und seiner Agenten haftbar zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der dagegen in Aussicht genommene Moment eintritt, so lange der Landtag der Monarchie versammelt ist, so beabsichtigt die königliche Regierung, demselben zu dienen, welche die entsprechende Vorlage zu machen. Sollte der Schluss der jetzigen Session vor dem geplanten Zeitpunkt eintreten, so giebt sie die königliche Regierung der Hoffnung hin, daß die Anordnungen, welche sie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit treffen wird, bei dem nächsten Zusammentreffen des Landtags die Genehmigung derselben finden werden. (Lebhafte Beifall.)

Damit ist diese Interpellation erledigt und der Abg. Windthorst (Reppen), der bisher nicht zu sehen war, erscheint auf seinem Platze.

Es folgt die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Schließung der öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Ems und Homburg.

S. 1. Die öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Ems und Homburg werden spätestens am 31. Dezember 1872 geschlossen; eine frühere Schließung kann durch königliche Verordnung, entweder allgemein oder nur in Beziehung auf einzelne der gedachten Spielbanken, ausgesprochen werden.

S. 2. Mit dem Tage der Schließung treten für die betreffende Spielbank

die Bestimmungen des Art. V. der Verordnung, betreffend das Strafrecht in den mit der Monarchie vereinigten Landestheilen vom 25. Juni 1867 außer Anwendung und die §§. 266, 267 und 340 Nr. 11 des Strafgesetzbuches in Kraft.

S. 3. Mit dem Tage der Schließung verlieren die betreffenden Spielbankverträge und Konzessionen ihre Gültigkeit; eine Entschädigung wegen des entgegengesetzten Gewinnes aus dem Hazardspielbetriebe findet nicht statt.

Hierzu beantragt 1) Uhlendorff in §. 1 statt 1872 zu setzen: 1868.

2) Lasker: Im §. 1. die Worte „spätestens am 31. Dezember 1872 u. s. w.“ bis zu Ende des Paragraphen zu streichen, und an deren Stelle zu setzen: nachdem dieses Gesetz in Kraft getreten ist, sofort geschlossen.

3) Kratz folgenden Gesetzentwurf: Der Artikel V. der Verordnung, betreffend das Strafrecht u. s. w. in den mit der Monarchie vereinigten Landestheilen vom 25. Juni 1867 wird aufgehoben und kommen die Bestimmungen der §§. 266 und 340 Nr. 11 des Strafgesetzbuches auch auf die öffentlichen Spielbanken zu Wiesbaden, Ems und Homburg zur Anwendung.

Die Anträge der beiden Referenten widersprechen sich bekanntlich; Referent v. Boetticher beantragt Zustimmung, Ref. Lasse Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Referent Abg. v. Boetticher: Das unsägliche Elend, der Ruin vieler Familien, die Zugelotigkeit der durch die Spielbanken erneckten Leidenschaften überhebt mich der Nothwendigkeit, noch mehr Material zu dem Scheiterhaufen herbeizutragen, auf dem wir diese Quellen der Trägheit und der Genußsucht zu vernichten verpflichtet sind. Durch den uns vorgelegten Gesetzentwurf wird uns das Mittel dazu in die Hand gegeben. Man hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie die traurige Erfahrung, die sie mit den neuen Provinzen übernommen, nicht während der Diktaturperiode sofort beseitigt habe, dieselbe war jedoch verpflichtet, die dabei in Betracht kommenden rechtlichen und tatsächlichen Momente einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen, und diejenigen der Schonung würdigen Interessen nicht außer Betracht zu lassen, welche durch eine sofortige Schließung der Spielbanken gefährdet worden wären. Die Kommunen der Badeorte ziehen bedeutende Mittel aus den Spielbanken, ohne welche eine Aufrechterhaltung der für das Land nothwendigen Einrichtungen unmöglich sein würde. Die Anträge auf sofortige Schließung gehen deshalb über das Ziel hinaus und kommen einer vollständigen Ablehnung des Gesetzentwurfs gleich; denn da durch königliche Verordnung mit Gesetzeskraft die Anwendung des Strafgesetzes auf die Spielbanken ausgeschlossen ist, so bedarf es eines neuen, durch alle 3 Faktoren genehmigten Gesetzes, um diese Verordnung wieder außer Kraft zu setzen. Nach den Erwägungen, die die Regierung bei dem vorliegenden Entwurf geleitet haben, glaube ich aber kaum annehmen zu dürfen, daß dieselbe einem Antrage auf sofortige Aufhebung der Spielbanken ihre Zustimmung geben würde. Ich bitte Sie deshalb, den vorliegenden Entwurf zu genehmigen.

Ref. Abg. Lasse: Auch ich wünsche die Beseitigung der Spielbanken, aber gerade deshalb bitte ich Sie, die Vorlage abzulehnen. Durch diesen Gesetzentwurf verurtheilen Sie das Spiel nicht, sondern begünstigen es, indem Sie es ohne Veranlassung auf neue 5 Jahre legalisieren. Man hat eingewandt, daß die Bäder ohne Banken nicht bestehen könnten, und daß die gerechtfertigten Rücksichten auf die Kommunen einen vorläufigen Weiterbestehen dieser Institute erforderten. Ich halte diese Besorgnisse für unbegründet, jedenfalls aber rechtfertigen sie nicht eine als unsittlich anerkannte Einrichtung; sollten die Kommunen eines Aufschusses bedürfen oder eine begründete Entschädigung beanspruchen können, so gewähre man dieselben aus Staatsmitteln. Dieses Haus wird um weniger Bedenken tragen, seine Willigung auszusprechen, als es erst vor wenigen Wochen durch eine Resolution seinem Verlangen nach sofortiger Aufhebung der Spielbanken Ausdruck gegeben hat. Ich bitte Sie, in Konsequenz dieses Beschlusses, die Vorlage abzulehnen.

Reg.-Kommissar Wöhlers sucht durch eine Zusammenstellung der bedeutenden Summen, welche von den Spielbanken für die betreffenden Kommunen bisher verausgabt worden sind, den gewölfen Rückgang nachzuweisen, welchen eine sofortige Aufhebung jener Institute auf die Badeorte selbst auslösen würde, und bittet, durch Annahme der Vorlage eine Milderung dieser Unzuständigkeit zu ermöglichen.

Abg. Lasker: So oft eine deutsche Volksvertretung Veranlassung hatte, sich über das Fortbestehen von Spielbanken auszusprechen, so oft hat dieselbe die Nothwendigkeit einer baldmöglichsten Beseitigung dieses Krebschadens anerkannt. Das Frankfurter Parlament, die nassauischen Stände, der Norddeutsche Reichstag und noch vor wenigen Tagen dieses Hauses haben in diesem Sinne ihre Beschlüsse gefaßt. Ich kann nicht glauben, daß Sie Ihr Verlangen nach sofortiger Aufhebung des Spiels nur als einen abstrakten Satz hingestellt, daß Sie den Besluß nicht mit vollem Ernst und mit dem Bewußtsein seiner ganzen Tragweite gefaßt haben sollten. Ich würde nicht, daß in der Zwischenzeit eine Änderung der Sachlage eingetreten wäre, die es rechtfertigen könnte, das Bestehen der Spielbanken auf neue 5 Jahre zu prorangen, denn trotz der negativen Form ist dies allein der positive Inhalt der Gesetzesvorlage. Von allen Vorwürfen, welche die Regierung über ihr Verhalten den neuen Landestheilen gegenüber trifft, ist dies der härteste, daß sie die Bruttostufen der Bäder und der schwachvollen Zustände nicht sogleich ausgetilgt hat. Als solche sind in Paris und London die Spielhöllen bekannt, und hemalte sie unbekannte Dörfern dorthin zusammen, um ihre Opfer zu finden. Wenn der Herr Minister eine solche Behauptung für übertrieben hält, so empfehle ich ihm nur, seine Rundreisen auch einmal dorthin zu erstreden, um sich von der Wahrheit des Gesagten zu überzeugen (Heiterkeit). Ich gebe zu, daß es far manche Badeorte, namentlich für Homburg, schwer werden würde, sich nach einer sofortigen Aufhebung der Spielbanken über Wasser zu halten, wenn sich aber die Nothwendigkeit von Zuflüssen herausstellt, so darf der Diskurs doch nicht mit Hilfe der Mittel aus den Spielbanken Ersparnisse zu machen suchen, wenn er sich nicht selbst zum Theilnehmer an der Unsitthlichkeit machen will. Haben die Kommunen berechtigte Ansprüche, so ist es jedenfalls besser, wir bestreiten dieselben aus unserer Sicht, als daß wir sie mit dem Jammer, dem Elende und der Unsitthlichkeit bezahlen, die zur Schmach Deutschlands auf deutschem Boden immer noch geduldet wird.

Inzwischen hat sich der Zustand der Dinge geändert, die preußische Landesverfassung ist auch dort Gesetz geworden, auch die Homburger sind in die Lage gekommen, jene sonderbare Operation vorzunehmen, die man Wahlen nennt, neue Verhältnisse etablieren sich. Die Homburger haben jedoch aus jenem unschönen Verhältnisse ein Nebel mitgebracht, welches sich aus einer schmerzhaften Operation wird holen lassen. Ich bin allerdings auch hier für eine Entschädigung, aber der Auffassung des Herrn Ministers muß ich doch entschieden entgegentreten. Namentlich was die Aktionäre betrifft, so bin

Der Minister des Innern: Die Farbe, in der der Abg. Lasker die Zustände in jenen Städten geschildert hat, scheint mir ein wenig zu schwärz ausgefallen zu sein. Ich glaube, es ist Niemand hier im Hause, der ein spezielles, gar ein konservatives Interesse für die Erhaltung des Spieles hat, am allerwenigsten kann dieses von der Regierung behauptet werden; woher sollte sie ein solches Interesse schöpfen? Ich muß behaupten, daß, so sehr die Verwerflichkeit des Spieles allgemein anerkannt ist und auf die Aufhebung derselben ausgewirkt werden kann und muß, diejenigen Erscheinungen, die Herr Lasker ausgemalt hat, doch richtig so gress hervortreten, daß jene Städte eine wahre Höhle sind. In jenen Ländern, in denen das Spiel sich bewegt, nehmen doch noch jedes Jahr eine große Anzahl von Leuten aller Kategorien, aus den höchsten und niedrigsten Ständen, Wohnung, denen das Bestehe der Spielbanken keinen Anstoß bereitet. Die Regierung ist mit dem Hause darüber einverstanden, daß die Spielbanken aufgehoben werden müssen, aber sie muß nach zwei Richtungen hin Rücksicht nehmen: außer den Spielbankpächtern auch auf die Aktionäre der Spielbanken. Viele Aktien befinden sich in den Händen sehr simpler Leute, die diese Aktien als gutes Papier sich angeschafft haben, und durch die sofortige Aufhebung der Spielbanken würde man vielen Privatleuten Schaden zufügen, selbst solchen, die es nicht verdienen. Auch kann man unmöglich von diesen Städten behaupten, daß sie sich bewußt gewesen sind, daß ich glaube, daß es nur wenige Leute in Homburg gibt, die nicht an das Fortbestehen des Spieles glauben. Man baut nicht Häuser, man macht nicht großartige Anlagen, wenn jeden Monat, jedes Jahr die Aufhebung der Spielbanken hereinbrechen kann. Alle diese Leute haben in dem besten Glauben gehandelt und würden außerordentlich hart betroffen werden, wenn sie sich in ihren Berechnungen getäuscht fühlen. Die Regierung kann unmöglich die durch die Spielbanken bedingten kommunalen Interessen ohne Weiteres preisgeben. Sie muß darauf bestehen, daß ein Übergangsstadium gebildet werde, das diese Interessen einigermaßen schont. Wie das zu machen ist, darüber läßt sich sprechen, aber trauen Sie der Regierung zu, daß sie über alle möglichen Mittel nachgedacht hat und endlich vor einem Wege stehen geblieben ist, der allein zum Ziele zu führen scheint, nämlich daß mit den Spielbanken Verträge abgeschlossen werden, daß sie nicht mehr zu lange spielen; theils müssen die Aktien amortisiert werden, theils müssen die Spielbanken den Kommunen Mittel zur Unterhaltung der Anlagen geben, die früher jene selbst unterhalten haben. Gerner muss ein System gemeinschaftlich für alle Städte gelten. Wenn Sie überhaupt eine Übergangsstufe wollen, so müssen Sie auf das Gesetz eingehen. Dem Antrag Lasker, wenn er angenommen würde, kann die Regierung ihre Zustimmung nicht geben.

Abg. v. Bendix: Die bisher eingebrachten Amendments stehen nach Lage der Sache einer Verwerfung des Entwurfs gleich; es bleibt dann bei dem status quo für unbestimmte Zeit, während wir mit Annahme des Gesetzentwurfs doch ein bestimmtes Ziel und eine bestimmte Grenze hinstellen. Doch scheint auch mir gerade hierin, gerade in dieser Hinauschiebung der Aufhebung des Spiels, etwas für das Haus nicht Pausend zu liegen; wir übernehmen damit gewissermaßen bis zu dieser Zeit die moralische Verantwortlichkeit für die Fortdauer des Spieles mit, und um dies zu vermeiden, möchte ich vorschlagen, den §. 1. in folgender Fassung anzusehnen: „Die öffentlichen Spielbanken in Wiesbaden, Ems und Homburg werden, nachdem dies Gesetz in Kraft getreten ist, binnen einer für jede einzelne der gedachten Spielbanken durch königl. Verordnung festzugehende Frist geschlossen.“ (Bewegung links.)

Der Minister des Innern: Mir scheint doch, als wenn die Einführung einer strafrechtlichen Bestimmung, die in bestimmter Zeit, während wir mit Annahme des Gesetzentwurfs doch ein bestimmtes Ziel und eine bestimmte Grenze hinstellen, die den Termin von 1872 für einen sehr kurzen halten, und diese Anfangszeit in sehr maßgebenden Kreisen getheilt, es sind über diese Termine sehr weitgehende Verhandlungen gepflogen worden. Das Ammentum des Herrn Vorredners kann ich wohl annehmen, doch muß ich bemerken, daß dasselbe auch den Termin der Schließung noch über 1872 hinausgeschoben wissen wollen, Anlaß zu neuen Hoffnungen geben wird.

Abg. Dr. Birchow: Der Herzog Adolf von Nassau hat in dieser Sesslon 8 Millionen von uns erhalten; ich würde es für sehr gerechtfertigt gehalten haben, wenn man mit einer kleinen Gegenrechnung aufgetreten wäre, bestehend in der durch die Spielbanken herbeigeführten Verhärtigung und Belastung des Landes, und wenn man ihm die 8 Millionen Minus der Summe, um die das Land beschädigt worden ist, ausgezahlt hätte. Auf diese Weise wären wir am den eigentlichen Sünder gekommen (große Heiterkeit). Nachdem Sie aber dem Herzog Adolf die Millionen ungeschmälert gegeben haben, können Sie doch nachdrücklich nicht sagen: ja, das Geld ist nun weg, nun bleibt uns nichts übrig, als die Kommunen auch weiterhin auf diesen unsittlichen Erwerb zu verzweifeln. Etwas anders liegt die Sache allerdings in Homburg. In diesem Staate oder Kreis waren noch ganz patriarchalische Zustände, wo selbst die rechte Seite dieses Hauses nicht Gelegenheit gehabt hätte, sich geltend zu machen (Heiterkeit), denn dort gab es noch keinen Landtag, nicht einmal Stände (Heiterkeit), dort herrschte noch die Patriarchie in ihrer reinsten Form, der Landesfürst war doch der wahre Vater seines Volkes (Heiterkeit) ohne ein Zwischen-Organ, das ihn von den Herzen seiner Unterthanen trennte (große Heiterkeit links). Diese Sache, die der wahre Vater dazu benutzt, um mit einem Herrn Blanc, der aus französischen Gerichtsverhandlungen bekannt ist, in einem Verhältnis zu treten, durch weitaus erschlossen.

Inzwischen hat sich der Zustand der Dinge geändert, die preußische Landesverfassung ist auch dort Gesetz geworden, auch die Homburger sind in die Lage gekommen, jene sonderbare Operation vorzunehmen, die man Wahlen nennt, neue Verhältnisse etablieren sich. Die Homburger haben jedoch aus jenem unschönen Verhältnisse ein Nebel mitgebracht, welches sich aus einer schmerzhaften Operation wird holen lassen. Ich bin allerdings auch hier für eine Entschädigung, aber der Auffassung des Herrn Ministers muß ich doch entschieden entgegentreten. Namentlich was die Aktionäre betrifft, so bin

(Fortsetzung in der Beilage.)

bei Tage meist dem Auge nicht erkennbar ist, hat seinen Grund in dem grellen Lichte der Sonne, welches das mildere, erborgte des Mondes überstrahlt.

In 7½ Tagen nach dem Neumonde hat der Mond den vierten Theil seiner synodischen Bahn zurückgelegt. In dieser Stellung des Mondes, die man die erste Quadratur oder das erste Viertel nennt, ist von der beleuchteten Seite sowohl, als von der dunkeln genau die Hälfte der Erde zugekehrt und wir sehen ihn daher als eine halbkreisförmige Scheibe. Die Sichel des ersten Vollmondes hat sich allmählig immer mehr verbreitert, bis endlich jetzt ihr innerer Bogen zu einer geraden Linie, einem Monddurchmesser geworden ist. Da der Mond in dieser Stellung genau um 90 Grad östlich von der Sonne abstieß, so muß er in seinem ersten Viertel 6 Stunden nach der Sonne, etwa zu Mittag auf- und zu Mitternacht untergehen, also die ersten Stunden der Nacht erleuchten, während er nach Mitternacht unter dem Horizonte, also unsichtbar ist.

Nach fernerem 7½ Tagen ist der Mond mit seiner zur Sonne gewandten Scheibe auch ganz der Erde zugewandt und wir sehen ihn dann als kreisrunde beleuchtete Scheibe, als Vollmond. Er steht in dieser Stellung der Sonne gerade gegenüber, oder, wie sich die Astronomen ausdrücken, in Opposition mit ihr, geht daher auf, wenn sie unter geht, und unter, wenn sie aufgeht, so daß er während der ganzen Nacht am Himmel leuchtet. Sämtliche Phasen des Mondes bis hierher bezeichnet man mit dem Namen zunehmen der Mond, und von hier beginnt das Abnehmen. Ist die Verdunklung bereits soweit vorgeschritten, daß sie die ganze rechte Hälfte des Mondes einnimmt, so ist dies die zweite Quadratur oder das letzte Viertel des Mondes. Wieder steht der Mond um 90 Grad von der Sonne, aber auf der Weitseite derselben, und geht daher etwa 6 Stunden vor ihr (um Mitternacht) auf und 6 Stunden vor ihr (um Mittag) unter. Während also im ersten Viertel die ersten Stunden der Nacht mondhell waren, ist es im letzten Viertel die zweite nach mitternächtliche Hälfte derselben. Von da aus geht nur der Mond seine Bahn weiter nach Osten fort, wobei sein dunkler Theil immer größer wird, bis im letzten Oktaeder der sichtbare Theil wieder jene Sichelgestalt angenommen hat, nur mit dem Unterschied, daß der innere Bogen nach rechts, d. h. westlich offen ist und diese Gestalt C hat. Je mehr nun der Mond auf der Weitseite sich der Sonne nähert, desto mehr nimmt die Breite der Sichel ab, bis sie endlich, wenn der Mond wieder zwischen der Sonne und der Erde ist, ganz verschwindet. Wir haben nun wieder Neumond, und die Reihe der verschiedenen Lichtgestalten oder Phasen beginnt von Neuem in derselben Ordnung.

Kurz vor und kurz nach dem Neumonde, wenn der lichte Theil der Mondoberfläche nur als eine kleine Sichel erscheint, sieht man auch den übrigen nicht erleuchteten Theil in einem schwachen Lichte schimmen, das mit dem Rücken des Mondes nach den Quadraturen zu abnimmt. Dies Lichte heißt „das aschgraue Licht des Mondes, lumière cendrée“. Die Ursache derselben entdeckte Keplers

Seite des Mondes ganz im Schatten liegt und daher für uns unsichtbar sein sollte, ist zugleich die von der Sonne beleuchtete volle Hälfte der Erde dem Mond zugeteilt, und da die Erde diejenigen Oberflächen wohl vierzehnmal übertrifft, so wird diese große vollbeleuchtete Scheibe eine so bedeutende Lichtmenge auf den dunklen Mond, daß uns diese dadurch wieder sichtbar werden muß. Wir können dies auch so ausdrücken: Wenn wir Neumond haben, hat der Mond Vollerde; demgemäß ist für den Mond auch Neuerde, wenn wir Vollmond haben; es ist erstes Erdviertel, wenn wir letztes Mondviertel, und letztes Erdviertel, wenn wir erstes Mondviertel haben. Auf diese Weise dient die Erde den etwaigen Bewohnern des Mondes vorzüglich als Norm zur Bestimmung ihrer Tageszeiten. Der Tag nämlich, wenn wir mit dieser Bezeichnung die Zeit zwischen zwei Sonnenaufgängen meinen, fällt für den Mond zusammen mit der Lunation, ist also gleich 29½ von unseren Tagen. 14½ Tage lang sehen also die Mondbewohner die Sonne über dem Horizonte und 14½ Tage lang

ich erstaunt, ihn die Interessen dieser heute mit weit mehr Nachdruck hervorheben zu sehen, als es in den Motiven zum Gesetzwurfe der Fall ist. Wenn man weiß, daß noch in den letzten Jahren an die Aktionäre einige 40 Prozent Dividende gegeben worden, daß also die Aktien sich in drei Jahren immer vollständig ausgezahlt haben, so wird man zugehen, daß es sich hier nicht mehr um die Interessen der Aktionäre vom Standpunkt einer billigen Ausgleich handeln kann, sondern nur darum, einem so unerhörten Gewinn ein Ende zu machen. Ich weiß nicht, woher der Herr Minister die Ansicht hat, daß sich diese Aktien in den Händen von solchen Leuten befanden. Allerdings sind auch mit in Folge meines früheren Antrages verschiedene Schreiber zugegangen, in denen die Verfasser sich als Besitzer von Aktien und zugleich als solide Leute bezeichneten. Einer schrieb mir, daß er von den Binsen, die ihm eine Miete bringe, ein verkrümmeres Waisenkind aus dem Waisenhaus genommen und in private Pflege gegeben habe; werde nun die Spielbank aufgehoben, so mößte er das Kind wieder in das Waisenhaus zurückbringen, und das werde doch der Landtag nicht wollen. Das sind aber keine Motive, von denen wir bei der Gesetzgebung auszugehen haben. Diese Spielattentat sind ein schlechtes Papier, nicht im Sinne wirtschaftlicher, aber im Sinne sittlicher Interessen.

Das Frankfurter Stadtgericht hat sogar in der Weise entschieden, daß es bei einem Lieferungs-Vertrage von Aktien, welcher nicht zur Ausführung gekommen war, gegen diejenigen, welche auf Grund dieses Vertrages Recht führten, ein Urteil abgegeben, weil das Geschäft, auf das dieser Anspruch sich gründete, ein "schändliches" Geschäft sei. (Hört! hört!) Wenn der Herr Minister meint, die Farben, mit denen wir den Einfluß dieser Spielbanken malten, seien doch wohl zu schwach, so hat er von der Gesellschaft und von der Bildung, die sich da zusammenfindet, in der That kein Vorstellung. Das, was sich zunächst um den Spielstättensammler, das sind Leute ohne Vaterland, man kann sie losmopolitische Gauner nennen (Heiterkeit). Ich bin überzeugt, wenn der Herr Minister einige Zeit nach der Aufhebung dieser Spielbanken seine Mütze einmal zu einem Besuch in Monaco benutzt, er wird ganz dieselbe Gesellschaft, wie früher hier, dort in Monaco wieder finden. Die Gesellschaft zieht mit den Spielbanken, ganz gleichgültig wohin. Wo die Spielbank sich befindet, da geht sie ihre Heimat, so lange die Finanzen eben ausreichen. Und auch Leute ohne Finanzen wählen diesen Aufenthalt mit Vorliebe. Man weiß ja, daß die Pariser Polizei, wenn irgend ein großer Gauner verschwunden ist, in ehrlicher Linie nach unseren deutschen Spielbanken ihre Beamten hinsendet. (Heiterkeit).

Dieser Art von Gesellschaft ist allerdings nicht zu helfen, da mögen wir Gesetze machen, welche wir wollen, sie werden irgendwo Gelegenheit finden, ihrer Neigung nachzukommen. Ich gestehe auch zu, daß das heimliche Spiel nicht befeitigt werden wird; aber das ist eine Frage, die sich zunächst richtet an die Regierung, an die Verwaltung, die allein ist dafür verantwortlich. Aber wir sind allerdings verantwortlich dafür, wenn wir zulassen, daß in öffentlicher Weise so etwas getrieben wird. Ob wir nun das Spielen heute aufheben oder nach 5 Jahren, die Sache wird sich in ihren Folgen durchaus nicht anders gestalten. Meint der Herr Minister denn nicht, daß nach 5 Jahren noch immer schwere Beschädigungen eintreten werden? Diese Rücksichten würden im Jahre 1872 ebenso gut wie heute geltend sein müssen. Nur die Rücksicht auf die Gemeinschaft der Kommune ist anzuerkennen und alle die Verhältnisse, die einen Besuch anlocken sollen, den der Ort ohne das nicht haben würde, das sind unbediente Verhältnisse. — Nach allen diesen Erwägungen kann ich nur den lebhaften Wunsch aussprechen, daß die Regierung die Auflösung ihrer Freunde fördert als möglich wahr machen möge, daß sie wirklich nationale Zwecke ins Auge setzt. Es ist ein nationaler Zweck, die Nation zu reinigen von dem Vorwurf, daß sie die einzige größere Nation sei, welche noch eine solche Unstimmigkeit öffentlich duldet. Einer der Herren Redner hat heute von einem frischen Bogen gesprochen, der durch das deutsche Land in jüngerer Zeit gehe. Dieser frische Bogen ist doch nicht so ganz frisch, er hat manche sehr bedenkliche Beimischung und ich ist doch nicht viel frischer werden möge, als er bisher sich gezeigt hat. (Beifall.)

Abg. v. Patow für den Regierungsentwurf, bleibt jedoch, da er von der Rednertribüne spricht, unverständlich.

Meg.-Kommissar Wöhlers wendet sich gegen einige Bedenken, die der Abg. v. Benda gegen den §. 3. des Gesetzentwurfs ausgesprochen.

Der Schluß der Generaldiskussion wird angenommen.

Abg. v. Benda zieht seinen Antrag zurück.

Referent Lasse wendet sich gegen die gegen ihn gemachten Angriffe und spricht sich für Annahme des Uhldendorff'schen Amendments aus.

Korreferent v. Bötticher hebt noch einmal die Billigkeits-Rücksichten hervor, die bei dieser Frage, die übrigens keine Parteifrage sei, zur Geltung kommen müssten.

Abg. Kratz empfiehlt Abg. Kratz sein Amendment. Der Gesetzgeber müsse sich stets auf der Höhe des sittlichen Bewußtseins halten, ohne Rücksicht gegen materielle Interessen. Es sei unerhört, Bestimmungen der Strafgesetze aus Rücksicht gegen diese zu suspendieren. Sein Amendment empfiehlt sich vor dem Rücksicht, weil man die Schließung der Spielbanken von dem Strafgesetze abstimmen, weil man die Schließung der Spielbanken abhängig machen und nicht das Strafgesetz von der Schließung der Spielbanken abhängig machen müsse.

Abg. Grumbrecht befürwortet das Amendment Uhldendorff. Ost habe man kommunale Interessen auf Grund wirtschaftlicher Prinzipien hart verlegt; um so weniger seien daher diese kommunalen Interessen vorzuschreiben, wo es sich um große sittliche Prinzipien handle. Außerdem sei die Beschädigung der betreffenden Kommunen nur eine vermeintliche; es sei nach sehr die Frage, ob nicht durch Aufhebung des Spieles die Frequenz der Bäder gewinnen werde.

Der Minister des Innern: Ich hebe noch einmal hervor, daß das Jahr 1872 nicht willkürlich genähmt, sondern das Resultat sehr langer Verhandlungen und Überlegungen ist. Das Interesse der Aktionäre kommt hierbei in Betracht, als wir zu einem, den betreffenden Kommunen günstigen Abkommen nur kommen können, wenn wir auch jenen einen großen Vortheil aufweisen können. Dazu gebrauchen wir fünf Jahre; sobald Sie sagen 1871, so sagen die Gesellschaften wahrscheinlich schon Nein; Sie verwerfen damit das Gesetz und Sie führen damit gerade den Zustand herbei, den die Freunde der Spielbanken herbeisehnen.

Vom Abg. v. Hennig ist ein neues Amendment eingegangen, dahin gehend, dem § 1 hinzuzufügen: „Bis dahin ist jedenfalls das Spielen an Sonn- und Feiertagen verboten.“

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kratz mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt; dagegen der Antrag Lasse in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 152 Stimmen. (Die konservativen Fraktionen stimmen fast ausnahmslos gegen die liberalen ebenso für den Antrag; Abnahmen machen u. a. v. Dienst, Bied, v. Binde (Minden) auf konservativer, Gneist, Bähr, Herrlein auf liberaler Seite.) Der Antrag Uhldendorff (Schließung am Ende des Jahres 1868) wird, wie die Zahlung ergibt, mit 156 gegen 148 Stimmen, und alsdann in namentlicher Abstimmung noch einmal mit 153 gegen 151 Stimmen abgelehnt.

Das Amendment v. Hennig (Bausatz zu § 1: bis dahin — 31. Dezember 1872 — darf mit Ausnahme der Sonn- und Festtage gespielt werden) wird angenommen und mit diesem Bausatz der § 1, desgl. § 2 und 3 und das ganze Gesetz.

(Durch die Annahme des v. Hennigschen Amendments ist der Vertrag mit den Spielvätern wesentlich und, wie es scheint, zur Übereilung der Regierung, die auf ihn nicht vorbereitet war oder seine Tragweite nicht sofort erkannte, altert worden, so daß die ganze Angelegenheit damit nicht sowohl abgeschlossen ist in ein neues Stadium geführt ist. Denn es ist notorisch, daß die Rentabilität der Spielbanken hauptsächlich auf dem Spiel an Sonn- und Festtagen beruht. Die Vertreter der Regierung äußerten sich über den Antrag nicht, der Minister des Innern verlangte das Wort, als der Präsident bereits in der Abstimmung war und es nicht mehr ertheilen konnte; der Finanzminister nahm an der Abstimmung nicht teil.)

Um 3 Uhr erhebt sich der vielseitige Ruf: Vertragung! Vertragung!

Präsident v. Körner belebt: Durch solches Rufen nach Vertragung können die Geschäfte des Hauses nicht erledigt werden, und da ein schriftlicher Antrag nicht vorliegt, so fahre ich in der Tagesordnung fort. (Beifall rechts.)

Ohne Diskussion wird darauf der Bericht der Budgetkommission über die Ausführung des Kreditgesetzes vom 28. September 1866 genehmigt, nachdem Abg. v. Dechen seinen auf die Schatzschein-Ausgabe bezüglichen Antrag zu rügegezogen.

Es folgen Wahlprüfungen. Betreffs der Wahl der Abg. v. Tempelhoff und Witt (Bogdanow, Provinz Posen) beantragt der Berichterstatter Abg. v. Golenburg Ungültigkeitserklärung. Er weist auf mehrere Unregelmäßigkeiten hin. Namentlich habe ein Gutsbesitzer Bunt, der unzureichend noch medlenburgischer Staatsangehöriger sei, an der Wahl Theil genommen und

auf dieselbe einen bedeutenden Einfluß geübt. Die Norddeutsche Bundesverfassung sicherte zwar allen Bundesangehörigen in jedem Bundesstaate die gleiche Ausübung aller bürgerlichen Rechte, hieraus könne jedoch die Berechtigung zur Theilnahme an den politischen Wahlen nicht hergeleitet werden.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Das im Art. 3 der Bundesverfassung festgestellte Indigenat beruht auf einem einheitlichen Bundesstaats-Bürgerrecht, es gewährleistet also den Bürgern nicht nur in jedem Staate den Schutz der gemeinsamen Gesetze, sondern die Ausübung aller politischen Rechte. Ich bitte deshalb in dem vorliegenden Bedenken einen Grund zur Beanstandung nicht zu finden.

Abg. Lasker hält es bei der Ungeduld des Hauses nicht für angemessen, sich auf das Materielle der wichtigen staatsrechtlichen Frage einzulassen, bittet aber, deshalb nicht ohne weitere Diskussion auf den Antrag des Referenten einzugehen, sondern die Wahl der Wahlmänner — ohne darin einen Präcedenzfall anzuerkennen — für gültig zu erklären.

Nach Annahme eines Schlußantrages werden die Wahlen der Abgeordneten v. Tempelhoff und Witt, sowie einer Anzahl von Wahlmännern für ungültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Dual wird für gültig, die mehrerer Wahlmänner für ungültig erklärt.

Über die Wahl des Abg. Kryger (Hadersleben) berichtet Ref. v. Hennig nicht, weil der Genannte aus bekannten Gründen dem Hause nicht mehr angehört.

Der Präsident teilt mit, daß der Antrag der heutigen konstituierten Kommission über das Wahlgesetz ihm bereits zugegangen ist: er geht dahin, ein Provisorium für die neuen Provinzen eine Förderroute bis zum 1. April 1869 zu gestalten und die Regierung aufzufordern, dem nächsten Landtage jedoch eine Vorlage für ein Definitivum zu machen. (Ref. v. Bennigsen.)

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (D.) die Wahlordnung für die neuen Provinzen, Rest der heutigen D. und verschiedene rückständige Vorlagen und Berichte.)

### Parlamentarische Nachrichten.

— Die Kommission für die Vorberathung der die Wahlordnung in den neuen Provinzen betreffenden Vorlage hat sich folgendermaßen konstituiert: Graf Schwerin (Vorsitzender), v. Bonin (Genthin), [dessen Stellvertreter], v. Seydelwitz (Schriftführer), Böhmer (Stellvertreter), p. Bennigsen, Simon, v. Bajstor, Hellwig, Engel (Schleifer), Schönig, Windhorst (Meppen), Kühlwetter, Scharnweber, Frech, Lattorf, Rohden, Richter (Sangerhausen), Dr. Bender, Mayer, (Biedenkopf), Rodewald, Ohm und Lauenstein.

— Das von der Regierung jüngst vorgelegte Gesetz wegen endgültiger Regelung des Wahlverfahrens in den neuen Landestheilen und wegen einer neuen Eintheilung der Wahlbezirke wird mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht mehr zur Erledigung kommen. Da jedoch das im vorigen Jahre beschlossene Wahlgesetz für die neuen Provinzen nur für ein Jahr Gültigkeit hat, so stellt sich die Notwendigkeit heraus, eine einfellige Anordnung für den etwaigen Fall von Neuwaahlen zu treffen, indem selbst einzelne Nachwahlen nicht mehr nach jenem früheren Gesetz vorgenommen werden dürfen. Es wird daher vermutlich noch eine Bestimmung für die Zeit bis zur Feststellung des endgültigen Gesetzes vereinbart werden.

— Der Schluß der arbeitsreichen Session, in welcher namentlich das Abgeordnetenhaus forderte die angestrengteste Thätigkeit in öffentlichen Sitzungen ausgebüttet hat, dürfte am Sonnabend, den 29. d., erfolgen.

— Der König wird die Session in eigener Person im Weißen Saale schließen. (Pr. -R.)

— Die für den Bundesrat zunächst in Aussicht genommenen Vorlagen dürfen seine Thätigkeit etwa auf 14 Tage in Anspruch nehmen, so daß die Berufung des Zollparlaments in der zweiten Hälfte des Monats März (etwa zum 20.) wird erfolgen können. Bis dahin werden auch die noch ausstehenden Wahlen in Süddeutschland (in Württemberg und Hessen) beendet sein müssen. Dem Bundesrat und dem Zollparlament werden eine Reihe wichtiger Vorlagen für den deutschen Handel und Verkehr zugehen. Auch der neue Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Preßreich wird denselben voraussichtlich bald vorgelegt werden können.

— Der Provinzial-Landtag von Preußen ist zum 1. März einberufen. — Die Provinzial-Landtage aller übrigen älteren Provinzen (vorläufig mit Ausnahme von Posen) werden voraussichtlich gegen Mitte des Monats März zur Erledigung dringender Vorlagen gleichfalls einberufen werden.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, den 27. Februar.

— Die Domäne Morawino im Kreise Posen nebst den dazu gehörigen Vorwerken Bmyslowo, Przybroda und Kołoszyn ist von Johannis dieses Jahres ab auf achtzehn hintereinander folgende Jahre neu verpachtet worden. Die Domäne enthält ein Gesamtareal von 4446 Morgen, unter denen sich 208 Morgen Unland befinden, und es ist seither von derselben eine Pacht von 5269 Thlr. 1 Sgr. 8 Pf. jährlich entricht worden. Von Johannis dieses Jahres an beträgt der jährliche Pachtzins 6525 Thlr.

Es ist erfreulich, daß die Domäne in der Hand des bisherigen Pächters, des Amtsstrahls Klug, eines eben so tüchtigen Landwirths als allgemein geachteten Mannes geblieben ist.

— [Die Appold'schen Sinfonie-Konzerte], deren siebzehntes am Mittwoch im Volksgarten-Saal gegeben wurde, erfreuen sich dauernd der ungeheilten Gunst des Publikums, das dieselbe jedesmal durch einen sehr zahlreichen Beifall befindet. Das gefrigste Konzert brachte Franz Lachners Suite in fünf Säzen: Introduktion und Fuge, Andante, Menuett, Intermezzo und Gigue. Das Spiel war zum Theil meisterhaft und erwarb der Kapelle allgemeinen Beifall.

— [Unglücksfall.] Am 25. wurde ein Holzarbeiter auf dem Holzplatz an der Warte von einem nicht gehörig festgestigten Baumstamm erschlagen. Die Schuld eines Anderen soll nicht vorliegen.

— [Fortschritt in der Straßenreinigung.] Die Kommune läßt jetzt täglich die Wege über den Fahrdamm von Bürgersteig zu Bürgersteig fegen, um den Passanten trocknen Uebergang zu verschaffen. Es ist diese Anordnung mit dem größten Dank anzuerkennen, und bleibt nur zu wünschen übrig, daß diese Uebergänge mit geschlagenen Steinen markirt gepflastert werden, weil sonst die gereinigten Stellen durch die Fahrräume bald wieder mit Straßenstaub überschüttet werden. Wir theilen die vor Kurzem in der Stadtverordnetenverhandlung ausgesprochene Ansicht der technischen Mitglieder des Magistrats, als seien diese markirten Uebergänge überstandig, nicht; daß wir nicht solche stark gewölbten Uebergänge billigen, wie der auf der Wilhelmstraße vom Bazar aus befindliche, braucht nicht erwähnt zu werden. An den Kreuzpunkten der Friedrichs- und Wilhelmstraße und vom Hotel de Rome aus über die Wilhelmstraße, tritt bei der lebhaften Passage der bereite Ueberstand schmutziger Straßenüberhänge am läblichen hervor.

\* Stenschen, 26. Februar. Durch die Anlage der Posen-Märkischen Bahn werden für die hiesige Stadt und Umgegend andere Anschlüsse als bisher an die Hauptverkehrswege bedingt; es dürfte daher gerechtfertigt sein, wenn im Interesse des Publikums das Bedürfnis dieserhalb öffentlich besprochen würde. Die hiesige Umgegend ist reich an großen Brennereien und Mühlen, welche alle ihr Brennmaterial und andere zum Fabrik- und Baubetriebe nötigen Artikel durch die Breslau-Posen Bahn beziehen, die Verbindung von hier mit derselben ist aber so ungünstig, daß Briefe und Personen, welche zum Anschluß an diese Bahn die Post benötigen, den Umweg über Posen oder Grätz (von etwa 6 Meilen) mit bedeutendem Geld- und Zeitverlust machen müssen. Es wäre daher im Interesse des Publikums dringend zu wünschen, daß eben bei Errichtung neuer Verkehrswege oben Gesagtes berücksichtigt würde, um so mehr, da bis zur Anlage von Chausseen an die neue Bahn bei der Beschafftheit und Lage der vorhandenen Wege diese uns unerreichbar ist.

### Theater.

Der Statthalter von Bengalen, Schauspiel in vier Akten von Laube. Mittwoch 26. Februar.

Wir haben in dieser neuesten dramatischen Arbeit Laube's wieder ein Stück englischer Geschichte vor uns. Das Ministerium Grafton, dem die Lords North, Hillsborough, Weymouth angehören, hatte eine Mifregierung in England eingeführt, welche die bekannten Juniusbriefe des "public avertiser", herausgegeben von dem Buchdrucker Woodfall — in den Jahren 1769 bis 1771 —

hervorrief, worin die hervorragendsten Regierungsmitglieder in eben so genialer als strenger Weise gegeißelt werden. Über den Verfasser dieser Briefe war die politische Welt lange in Zweifel, bis sich in neuerer Zeit die Wahrscheinlichkeit für die Autorität des Sir Francis (Besitzer des hohen Raths von Indien zu Kalkutta später oppositionelles, sehr begabtes Parlamentsmitglied) in mehr begründete, obgleich noch neuestens wieder Zweifel angeregt und Lord Sackville und Andere als Verfasser genannt wurden. Laube hat Sir Francis zum Autor der Briefe und zum Träger dieses Stücks gemacht, dessen Handlung sich um die Ermittlung eines Briefstellers dreht, der im Stande war, aus seiner Verbogenheit heraus das Ministerium Grafton zu stürzen. Der Sturz des Ministeriums und die Enthüllung der Autorität des Sir Francis fallen zusammen und schließen als Höhepunkt der sich mit jedem Akt steigernden Handlung dieselbe mit dem vierten Akte geschickt ab. Gegen die Dekonomie des Stücks ließe sich somit nichts erinnern, und seine Anlage ist insofern eine wohlberechnete, als trotzdem das Geheimnis, um dessen Ermittlung es sich handelt, dem Zuschauer von vornherein enthüllt ist, doch bis zum Schlus die volle Spannung erhalten wird durch den Zweifel, ob auch die Regierungspartei hinter das Geheimnis kommen und welche Wirkung dies haben wird.

In technischer Beziehung hat Laube eine Meisterschaft bewahrt, die überall auf den blühendkundigen Dramatiker zurückweist, und einen Mangel glücklich vermieden, der vielen neueren, sonst bedeutenden Dramen, anhaftet, den Mangel an wirtschaftlichen Situationen; auch einer streng scheidenden Charakteristik der handelnden Personen begegnen wir. Wenn in dieser Rücksicht die Rollen von unseren Darstellern noch nicht sorgfältig genug ausgearbeitet erschienen, so muß das der ersten Aufführung eines Dramas, welches eine so umfassende Beziehung erfordert, zu Gute gehalten werden. Herr Schönleiter (Herzog von Grafton) kehrte wie immer, seine derbe Natur, die ihn mehr befähigt, Charaktere aus der niederen Gesellschaftssphäre darzustellen, zu sehr hervor, um uns das wahre Gepräge eines englischen Vollblut-Aristokraten anschaulich zu machen. Seine Entgegnungen an den ihm unbehaglichen Lord Chatham, dem er die höchste Achtung schuldet, hatten daher etwas zu Raubes. Im Übrigen wußte er der einmal angenommenen Haltung wenigstens treu zu bleiben. In Herrn Rhode (Lord Chatham) erkennen wir immer mehr den gewandten Charakterdarsteller, besonders gelingen ihm die Greise. Lord Chatam war eine mit Liebe durchgearbeitete Charakterrolle, deren Durchführung Herr Rhode zu großer Ehre gereicht. Auch Herr Schirmer war mit bestem Erfolg bemüht, seinem äußerst beschränkten Lord Waterford eine bestimmte Haltung zu geben und einerseits ihn sowohl in dem rechten Lichte seiner kolossal Beschränktheit erscheinen zu lassen, andererseits ihn aber auch nicht schlechtthin zur komischen Figur des Stücks zu machen.

Herr Neumann (Sir Francis) trug etwas von dem düsteren Charakter der Juniusbriefe zur Schau und trat mit der Sicherheit eines Mannes auf, der seine Bedeutung fühlt. Wenn er mit verschrankten Armen schweigend dastand, war es zugleich Trost, zugleich Selbstbewußtsein und Verachtung der Kreaturen des Hofes, was aus seinem Auge sprach. In der Rede, die er vor versammelten Ministern als Kandidat für die Statthalterschaft von Bengalien hielt, trat sein ganzes Inneres hervor und auf diesen Moment konzentrierte er alle physische und moralische Kraft. Mit diesem Auftritt mußte die Bombe plazieren. In jolchen gehobenen Momenten kommt die Künstlerhaft des Herrn Neumann stets zu ihrer vollen Geltung, während wir in dem gewöhnlichen Dialog mitunter einen anderen Tonfall, kräftigere Nüancen wünschen möchten. Auch müssen wir bei dieser Gelegenheit nochmals bemerken, daß nicht bei Herrn Neumann allein, sondern auch bei den anderen Bühnenmitgliedern Verstöße gegen die Betonung vorkommen, die durch

gleich der beiden Stücke sowohl, als auch der bevorstehenden Aufführung mit dem ersten Auftreten unserer gegenwärtigen Bühnen-Gesellschaft in dem genannten Shakespeare'schen Lustspiel Veranlassung geboten wird.

Während in dem letzteren die Sprödigkeit in der einfacheren Form des unbändigen Eigenstolzes eines mangelhaft erzogenen Kindes auftritt, ist es bei dem spanischen Dichter vielmehr die übermäßige und einseitige gelehrt Bildung, woraus bei der Prinzessin, mit dem eingewurzelten Stolz geistiger Überlegenheit und unter dem Mantel einer strengen, "platonischen" Moral, sich die souveräne Beachtung der ihr ebenbürtigen Männerwelt entwickelt hat.

Diesem Unterschied entsprechend ist auch die Art der Belehrung in dem spanischen Lustspiel viel künstlicher angelegt; Verstellung und Intrigue spielt dabei eine Hauptrolle. Don Caesar verdankt den glücklichen Erfolg nicht sowohl der unmittelbaren Einwirkung seines überlegenen Charakters, als der Beihilfe des überaus schlauen Dieners Perin, der von beiden Theilen in's Vertrauen gezogen und an der Prinzessin, bei der er durch äußerliche Nachahmung ihrer strengen Abneigung gegen das andere Geschlecht zu großer Gunst gelangt ist, zum Verräther wird. Bei dieser Anlage muß allerdings an tieferer psychologischer Begründung und überhaupt an künstlerischem Werth das Shakespear'sche Lustspiel den Vorrang behaupten; doch machen die raffinirter angelegten Rollen des spanischen Werkes um so gröhre Anforderungen an die minische Kunst der Darsteller. Nach den Erfahrungen der neueren Zeit brauchen wir deshalb keine Besorgniß zu hegen und können der bevorstehenden Aufführung, welche von Fr. Heilig zu ihrem Benefit erwählt worden ist, mit günstigen Erwartungen entgegensehen.

#### Salzproduktion und Salzverbrauch im Bollverein.

In der Salzproduktion des Bollvereins ist seit dem Jahre 1848 ein sehr bedeutender Aufschwung erfolgt. Während früher der Bollverein zur Deckung des eigenen Bedarfs eines erheblichen Aufschusses vom Auslande bedurfte, der im Jahre 1848 sich auf 1½ Millionen Centner herausstellte, und in den fünfzig Jahren durchgänglich noch 1 Million Centner betrug, ist seit dem Jahre 1863 der Bollverein nicht nur im Stande, durch eigene Produktion

seinen Bedarf vollständig zu decken, sondern kann auch erhebliche Mengen Salz an das Ausland abgeben. Es ist dies durch Entdeckung der bedeutenden Steinsalz Lager bei Staßfurt und Erfurt möglich geworden, denen in nächster Zeit noch ein weiteres, erst im vorigen Jahre entdecktes Lager bei Sperenberg in der Mark hinzutreten wird, welches nach den bisherigen Bohrversuchen, welche in der bis jetzt erreichten Tiefe von über 560 Fuß ein Lager von 280 Fuß Mächtigkeit aufweisen, gleichfalls von großer Wichtigkeit sein muß.

Nach den Kommerzialübersichten für das Jahr 1866 sind vom Auslande gegen 600,000 Centner Salz in den Bollverein eingeführt worden, während dieser gegen 900,000 Centner nach dem Auslande abgesetzt hat; es zeigt sich also eine Wiederaufnahme von 300,000 Centner. Wenn gleichwohl noch immer erhebliche Mengen Salz vom Auslande eingeführt worden sind, so kommt hierbei in Betracht, daß in einzelnen Theilen des Bollvereins wegen ihrer Entfernung von den inländischen Salzlagern die Versorgung mit ausländischen Salzen sich weniger kostspielig zeigte. Am bedeutendsten ist die Einfuhr in den Osthäfen gewesen, namentlich von England; auch aus Frankreich und Holland sind hauptsächlich zur Versorgung der Rheinprovinz bedeutende Einfuhren erfolgt. Die Steigerung der Ausfuhr dattir erst aus den letzten der fünfzig Jahren; sie betrug in dem Jahre 1857 gegen 200,000 Centner; im Jahre 1859 bereits gegen 300,000 Centner, im Jahre 1861 über 400,000 Centner, im Jahre 1863 gegen 600,000 Centner und im Jahre 1866 bereits gegen 900,000 Centner. Von letztem Quantum sind ca. 500,000 Centner nach Hamburg, 150,000 Centner nach Düsseldorf, 130,000 Centner nach den Niederlanden, 50,000 Centner nach Holstein und Lauenburg, 50,000 Centner nach Bremen, 15,000 Centner nach der Schweiz, und 10,000 Centner nach Mecklenburg ausgeführt worden.

Die eigene Salzproduktion des Bollvereins hat im Jahre 1866 gegen 9,500,000 Ctn. betragen; rechnet man derselben die Einfuhr mit ca. 600,000 Ctn. zu und bringt die Ausfuhr mit ca. 900,000 Ctn. in Abzug, so bleiben zum Verbrauch 9,200,000 Ctn. oder etwas über 25 Pfd. für den Kopf der Bevölkerung, während der Kopfverbrauch im Jahre 1860 nur 19 Pfd. betragen hat, also während der letzten sechs Jahre eine Steigerung von 6 Pfd. pro Kopf. Diese Zunahme beruht namentlich in dem Umfange, daß in der Nähe der Steinsalz Lager bei Staßfurt mehrere bedeutende chemische Fabriken, welche die geforderten Kali- und Alkalisalze verarbeiten, errichtet worden sind. Der durchschnittliche Verbrauch von Salz zum menschlichen Genuss hat im Bollverein bisher nur etwa 17 Pfd. für den Kopf betragen.

#### Sammlung für Ostpreußen.

An Beiträgen für die Notleidenden in Ostpreußen gingen uns ferner zu: der Ertrag der Sammlung beim Maskenballe in der Thalia, bestehend in 5 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. und 5 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. für Posen.

Die Expedition dieser Zeitung.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Steinkohlentheer-Verkauf.

Am 5. März c. Vormittags um 10 Uhr werden wir im Bureau der hiesigen Gasanstalt 2500 Centner Steinkohlentheer im Wege der Auction verkaufen.

Den Rekettanten stellen wir anheim, sich hierbei zu beteiligen.

Die Bedingungen können im Bureau der Gasanstalt eingesehen werden.

Posen, den 22. Februar 1868.

Die Direktion der Gasanstalt.

### Bekanntmachung.

Bei Überlassung des auf ca. 7000 Thlr. veranschlagten Baues eines evangelischen Schulhauses hier selbst ist auf den 9. März 1868 Nachmittags 3 Uhr im Magistratsbureau hier selbst Termin abberaut, wo zu geprüfte Bauhandwerksmeister mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß Antrag und Bezeichnung sowie die Bedingungen während der Dienststunden im Magistratsbureau täglich eingesehen werden können; jeder Unternehmungslustige auch vor Abgabe des Gebots eine Kautio von 500 Thlr. baar zu erlegen hat.

Samter, den 22. Februar 1868.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist auf Grund vorschriftsmäßiger Anmeldung unter der laufenden Nr. 1. die unter der Firma "Vorschußverein zu Kosten" eingetragene Genossenschaft

bezeichnete Kredit-Gesellschaft unter nachstehenden Rechtsverhältnissen: "Die Genossenschaft ist durch den am 22. Dezember 1867 geschlossenen Gesellschaftsvertrag in Kosten begründet. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Bankgeschäfts behufs gegenseitiger Beschaffung der in Gewerbe und Wirtschaft nötigen Geldmittel auf gemeinschaftlichen Kredit. Die zeitigen Vorstands-Mitglieder sind: 1) der Rechtsanwalt Schag, Vorsitzender, 2) der Apotheker Gustav Selle, Kassirer, 3) der Rektor Seifert, Kontrolleur in Kosten. Alle Bekanntmachungen und Erlasse in Vereinsangelegenheiten ergehen unter dessen Firma und werden mindestens von 2 Vorstands-Mitgliedern unterzeichnet. Die Einladungen zu den Generalversammlungen, informieren sie nicht vom Vorstande ausgehen, erläutert der Voritzende des Ausschusses mit der Bezeichnung:

"Der Ausschuß des Vorschußvereins N. N.

Vorsitzender."

Bur Veröffentlichung seiner Bekanntmachungen bedient sich der Verein des Kreisblattes hier selbst. Falls dasselbe eingeht, ist der Vorstand befugt, mit Genehmigung des Ausschusses ein anderes an dessen Stelle zu bestimmen. Die Berufung zur Generalversammlung, welche in der Regel vom Ausschusse ausgeht, und auch vom Vorstande ausgehen kann, wenn der Ausschuss dieselbe verzögert, erfolgt durch einmalige Einrückung in das hiesige Kreisblatt, und nur die betreffende Nummer des Blattes mindestens 3 Tage vor der Versammlung ausgegeben werden. Dabei bleibt dem Ausschusse unbekommen, nebenher noch durch Umlauf oder besondere Zettel einzuladen. In der Einladung müssen die zur Verhandlung kommenden Anträge und sonstigen Gegenstände der Tagesordnung kurz angegeben werden. Die Bezeichnung für den Verein geschieht dadurch, daß die Bezeichnungen zu der Firma des Vereins ihre Namensunterschriften hinzufügen. Rechtliche Wirkung für den Verein hat die Bezeichnung aber nur, wenn sie mindestens von 2 Vorstandsmitgliedern geschehen ist"; zufolge Verfügung vom

16. Februar 1868 am 19. Februar 1868 eingetragen worden. Das Verzeichniß der Genossenschaft kann jederzeit bei dem Handelsgerichte eingesehen werden.

Kosten, am 19. Februar 1868.

Königliches Kreisgericht.  
I. Abtheilung  
Holbenach.

In dem Konkurse über das Vermögen des Handelsmanns Bawrzyniu Koszrenius zu Posen ist zum öffentlichen Verkaufe von 6 Pfandsscheinen über verschiedene von den Koszreni'schen Cheleuten in der hiesigen Pfandleihbank verpfändete Waaren und Sachen an den Meistbietenden ein Termin auf

den 3. März d. J.

Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar an hiesiger Gerichtsstelle amberaut, zu welchem Kaufstätte hierdurch eingeladen werden.

Posen, den 14. Februar 1868.

Königliches Kreisgericht.  
Abtheilung für Civilsachen.  
Gaebler.

Nothwendiger Verkauf.  
Kreisgerichts-Kommission zu Czarnikau, I. Abtheilung.

Das in Gulez sub Nr. 15. A. belegene, den Adalbert Matkiewiczs Cheleuten den Wszyscy Grunz sub Nr. 15. A. położony, do małżonków Wojciecha Matkiewicza należący, oszacowany sądownie na 9433 Thlr. 6 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein in der Registratur einzusehenden Tage, soll im neuen Bietertermin auf

am 10. Juni 1868

Vormittags 10 Uhr

zum Zwecke der Auseinandersetzung an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Alle unbekannten Real-Präbidenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Praktusson spätestens in diesem Termine zu melden.

Wszyscy niedziom pretencjami realni wzywają się, aby się pod unikniem prekluzji zgłosiły najpóźniej w terminie oznaczonym.

Wierzyce, którzy względem pretencji realnej z księgi hipotecznej się nie wykazują, z sumy kupna zaspokojonej bydż chca, winni się z wnioskami swemi do nas zgłosić.

Niedziom z pobytu wierzyce Jan Pokorný zapozwaja się niniejszem publicznie.

Czarnków, dnia 13. Lutego 1868.

Am 27. März c.

2 Uhr Nachmittags

soll an den Mindestfordernungen der Reparatur der katholischen Pfarrkirche nebst der Kreuzkapelle zu Zerkow ausgegeben werden.

Die Anschläge und Bedingungen sind zu jeder Zeit auf der Poststelle einzusehen.

Der kath. Kirchenvorstand.

Hohlglaswaren-Auktion.

Wegen Aufgabe des Geschäfts werde ich Donnerstag den 27. und Freitag den 28. d. Früh 9 Uhr, Breitestraße 11, die Restbestände verschiedener Glaswaren par-

tienweise versteigern.

Rychlewski,

König. Auktionskomm.

Meine nahe der Stadt Borek belegene Windmühle im besten Zustande, nebst Wohngebäuden und 2 Morgen Acker kommen am 4. März d. J. zur Subhasta, wozu ich Kauflustige mitzubieten bitte.

A. Michel, Mühlenbesitzer.

C. J. Cleinow,  
Verwalter der Konfursmasse.

### Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen,  
Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 29. Oktober 1867.

Das im hypothekenbuch auf den Namen der Chefarzt des Thomas Słosarzewicz, Katharina geb. Słosarzewskia, eingetragene, in der Stadt Posen und deren Vorstadt St. Martin unter Nr. 44. (St. Martinstraße Nr. 16.) belegene Grundstück, abgeschäfft auf 12,641 Thlr. 10 Sgr., zufolge der nebst Hypothekenchein in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 18. Juni 1868

Vormittags 10 Uhr

zum Zwecke der Auseinandersetzung an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Alle unbekannten Real-Präbidenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Praktusson spätestens in diesem Termine zu melden.

Wszyscy niedziom pretencjami realni wzywają się, aby się pod unikniem prekluzji zgłosiły najpóźniej w terminie oznaczonym.

Wierzyce, którzy względem pretencji realnej z księgi hipotecznej się nie wykazują, z sumy kupna zaspokojonej bydż chca, winni się z wnioskami swemi do nas zgłosić.

Niedziom z pobytu wierzyce Jan Pokorný zapozwaja się niniejszem publicznie.

Czarnków, dnia 13. Lutego 1868.

Am 10. Czerwca 1868.

przed południem o godzinie 11.

w miejcu posiedzeń zwykłym sądowych sprzedany.

Wszyscy niewiadomi pretendenci realni wzywają się, aby się pod unikniem prekluzji zgłosiły najpóźniej w terminie oznaczonym.

Wierzyce, którzy względem pretencji realnej z księgi hipotecznej się nie wykazują, z sumy kupna zaspokojonej bydż chca, winni się z wnioskami swemi do nas zgłosić.

Niedziom z pobytu wierzyce Jan Pokorný zapozwaja się niniejszem publicznie.

Czarnków, dnia 13. Lutego 1868.

am 10. Czerwca 1868.

przed południem o godzinie 11.

w miejcu posiedzeń zwykłym sądowych sprzedany.

Wszyscy niewiadomi pretendenci realni wzywają się, aby się pod unikniem prekluzji zgłosiły najpóźniej w terminie oznaczonym.

Wierzyce, którzy względem pretencji realnej z księgi hipotecznej się nie wykazują, z sumy kupna zaspokojonej bydż chca, winni się z wnioskami swemi do nas zgłosić.

Niedziom z pobytu wierzyce Jan Pokorný zapozwaja się niniejszem publicznie.

Czarnków, dnia 13. Lutego 1868.

am 10. Czerwca 1868.

przed południem o godzinie 11.

w miejcu posiedzeń zwykłym sądowych sprzedany.

Wszyscy niewiadomi pretendenci realni wzywają się, aby się pod unikniem prekluzji zgłosiły najpóźniej w terminie oznaczonym.

Wierzyce, którzy względem pretencji realnej z księgi hipotecznej się nie wykazują, z sumy kupna zaspokojonej bydż chca, winni się z wnioskami swemi do nas zgłosić.

Niedziom z pobytu wierzyce Jan Pokorný zapozwaja się niniejszem publicznie.

Czarnków, dnia 13. Lutego 1868.

am 10. Czerwca 1868.

# Spiritus-Brennerei-Angelegenheit.

Die wichtigste und wirklich großen Vortheil gewährende Erfindung der Neuzeit ist auf diesem Felde unbestreitbar die neue patentirte Dephlegmations-Kolonne nach Bandholz's System. — Die vorzüglichen Leistungen dieses Apparats, sowie die wesentlichen durch die Anwendung derselben erzielten Ersparnisse an Brennmaterial, Wasser, Zeit, Raum und Anlage-Kapital, ferner auch die vielen sonstigen Vorzüge, welche allen anderen Konstruktionen gegenüber dieser Apparatur bietet, sind längst anerkannte Thatfache. Ich beschränke mich deshalb darauf, dies durch die neuesten, dem Erfinder zugekommenen Bezeugnisse über Apparate, die in meiner Fabrik gefertigt sind, zu bekräftigen und bin erbödig, jede gewünschte weitere Auskunft gern und ungesäumt zu geben. Jede bei mir bestellte Kolonne lieferne ich unter voller Garantie und auf Verlangen auch zur kostenlosen Probebenutzung.

Samter, den 24. Februar 1868. F. Schulz, Kupferwaaren-Fabrikant.

Herrn Brennerei-Techniker A. Bandholz in Posen.  
Über die Brauchbarkeit des von Ihnen in meiner Brennerei aufgestellten patentirten Kolonnen-Apparats bin ich gern bereit, Ihnen das Bezeugnis meiner vollen Zufriedenheit auszuhelfen, da derfelbe in der That große Vorzüge vor anderen mir bekannten Apparaten hat. — Die hervorragendsten Vortheile, welche dieser Apparat gewährt, sind:

- 1) Seiterparsnisch durch bedeutend schnelleren Abtrieb der Maische, bei einem sehr ruhigen und gleichmäßigen Gang des Apparats,
- 2) wesentliche Wassersparnisch,
- 3) Dampfersparnisch, da die abgehenden Dämpfe der Maschine vollständig zum Treiben des Apparats ausreichen,
- 4) ersichtliche Ersparnisch an Brennmaterial (bedingt durch die drei ersten genannten Vorzüge). Schließlich muß ich noch bemerken, daß die Kolonne in allen ihren Theilen bequem für die Reinigung zugänglich ist. Solacz, den 7. Februar 1868.

Ad. Fechan, Rittergutsbesitzer.

Herrn A. Bandholz, Brennereitechniker in Posen.  
Über die Leistungen und sonstigen vorzüglichen Eigenschaften der von Ihnen in meiner Brennerei zu Neu-Görzig aufgestellten patentirten Dephlegmations-Kolonne bin ich durch die erhaltenen sehr günstigen Resultate in den Stand gesetzt, Ihnen mein bestes Lob gern auszusprechen. Der frühere, vor zwei Jahren erst neu aufgestellte Apparat (Siemens'sche Kolonne mit darüber stehenden drei großen Beden) hat trotz des erforderlich teuren Anlage-Kapitals nicht im Entfernen das geleistet, was mit Leichtigkeit durch Ihre Kolonne ergiebt wird. Während ersterer Abtrieb der Maische täglich bis in die späte Nacht hinein im Betriebe sein mußte, ist jetzt auf Ihrer Kolonne der Abtrieb in ca. 10 Stunden beendigt. — Daß hierdurch und durch den viel geringeren Wasser- und Dampfverbrauch, welchen Ihr Kolonnen-System erfordert, bedeutend an Brennmaterial erspart wird, ist leicht erkärlbar. Außerdem ist aber auch die große Ersparnisch an Zeit und die durch den schnellen Abtrieb herbeigeführte Betriebserleichterung nicht gering zu veranschlagen.

Die Einrichtung für die Reinigung der inneren Theile der Kolonne ist sehr bequem und gestattet, diese leicht und gründlich auszuführen. — Ich kann daher, der erwähnten Vorzüge wegen, diese neue Apparatur-Konstruktion im Interesse der Herren Brennereibesitzer umso mehr empfehlen, als auch zu ihrer Anschaffung ein ungleich geringeres Anlage-Kapital erforderlich ist.

Gorzin, den 13. Februar 1868.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

J. Hukow, Viehhändler.

**Schwungpflege** neuerer Konstruktion, von einem Schmiede-Eisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche bereits seit sechs Jahren weltberühmt, "gesetzfrei", amerikanischen Präparate" zur sofortigen Vertilgung der Ratten, Mäuse und Schwaben. **14 Tage gratis!** wovon man sich vorher von der Wirkung überzeugen kann. Nur für Emballage wird 5 Sgr. berechnet. Um deren Franko-Einsendung und Belehrung in Poststempeln gebeten wird.

Kaufmann G. W. Lenzig in Danzig.

N.B. Wiederverkäufern per Cassa 60% Rabatt.

Fr. Hecht u. Sohn. Donnerstr. Ab. b. Kletschoff.

Schmiede. den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,  
Kaufmann.

Montag den 2. März  
d. J. bringe ich wiederum mit dem Frühzuge einen großen Transport-Nebenbrücher

Milchkuh nebst Kalbern in Kellers Hotel zum Verkauf.

Rt. p. 83 f. 85 pfds. gelber pr. Februar 103 Rt. nominell, Frühjahr 104, 103½, 103, 102½ bz., 103 Br. u. Gd.

Roggen niedriger, p. 2000 Pfds. 78—81 Rt. ganz defekter 77½ Rt., pr. Februar 80 Rt. nominell, Frühjahr 80½—79½ bz. u. Gd., Mai-Juni 80½—79½ bz. u. Br., Juni-Juli 77½ Br., Juli-August 73 Br.

Gerste wenig verändert, p. 1750 Pfds. loko 53½—54 Rt. nach Qualität, schles. pr. Frühjahr 56 Rt. bz., do. p. 69 f. 70 pfds. 57 Rt. bz.

Hafer matter, p. 1300 Pfds. loko 39—41 Rt., p. 47 f. 50 pfds. pr. Frühjahr 41½ Rt. Br.

Erbse matter, p. 2250 Pfds. loko 70—73½ Rt., Futter. pr. Frühjahr 74 Rt. Br.

#### Heutiger Handmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen

98—104 73—78 53—57 40—43 70—73 Rt.

Heu 12½—17½ Sgr., Stroh 6½—7 Rt., Kartoffeln 22—24 Rt. p. Bispel.

Rübel schlägt ruhig, loko 10½ Rt. Br. pr. Febr. März 10½, 11½ Rt. bz., April-Mai 10½ bz. u. Br., Septbr.-Oktbr. 10½ Br. u. Gd.

Spiritus matt, loko ohne Haß 20 Rt., pr. Februar und Febr. März 10½ Rt., März-April 20½ Rt., Frühjahr 20½ bz. u. Br., Mai-Juni 20½ Br., Juni-Juli 20½ Br., 21½ Gd., August-Septbr. 21½ bz.

Angemeldet: Nichts.

Regulierungspreise: Weizen 103 Rt., Roggen 80 Rt., Rübel 10½ Rt., Spiritus 20 Rt.

Baumöl, Malaga in kleinen Gebinden 22½ Rt. tr. bz.

Leinsamen Riga 11½ Rt. bz.

Hering, schott. crown- und full Brand 12 Rt. tr. bz.

Petroleum loko Kleinigkeiten 7 Rt. bz., pr. Septbr.-Oktbr. 6½ Rt. bz.

(Ostl. Stg.)

#### Preise der Cerealen.

(Bestätigungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 26. Februar 1868.

	feine	mittlere	ord. Ware.
Weizen, weißer	118—120	115	107—110 Sgr.
do. gelber	118—120	115	107—110
Roggen	96—97	95	91—93
Gerste	68—70	66	60—63
Hafer	44—45	43	42
Erbse	80—84	78	74—76

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Bestellung

der Marktpreise von Raps und Nüssen.

	194 Sgr.	184 Sgr.	174 Sgr.
Winterrüben	182	172	162
Sommerrüben	170	160	150
Dotter	166	156	146

Breslau, den 26. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, unverändert, ordin. 11½—12, mittel 12½—13½, fein 14—14½, hochfein 14½—15. — Kleesaat weisse, unverändert, ordin. 14—15½, mittel 16—17½, fein 18—19½, hochfein 20½—21.

#### Ausländische Fonds.

Destr. Metalloques 5 51 bz. G

do. National-Anl. 5 58½ bz. G

do. 250 f. Präm.-Dl. 6 67 bz.

do. 100 f. Kred. Loope 77½ bz. G

do. 50 f. Loope (1860) 5 74½ bz. u. März 74½

do. Pr. Sch. v. 1864 49½ bz. [bz]

do. Sib.-Anl. 6 61½ bz.

Italienische Anleihe 5 45½—5½ bz. ult. 5½ bz.

5. Steiglitz Anl. 5 64½ bz. [März 45½

do. do. 5 76½ bz. [bz]

Englische Anl. 5 85 bz.

R. Russ. Engl. Anl. 3 52½ bz.

do. 50, 52 conv. 4 89½ bz.

do. 1853 4 89½ bz.

do. 1862 4 89½ bz.

Präm.-Anl. 1855 3 115½ bz.

Staats-Schuld. 3 83½ bz.

Kurh. 40 Thlr. Loope 5—54 etw. bz.

Kurz-Neum. Schuld. 3 78 bz.

Berl. Stadt-Dl. 5 102 bz.

do. do. 4 96 bz.

Präbdr. n. i. S. 4 61 bz.

Part. D. 500 Sgr. 4 96 bz.

Amerik. Anleihe 6 76 bz. März 75½

Neue Baud. 35 f. Loope 29½ bz. [bz]

Dessauer Präm.-Anl. 3 96½ etw. bz.

Gedreher Präm.-Anl. 3 47½ bz.

Berl. Kassenverein 4 162 B

Berl. Handels-Gef. 4 112½ bz. G

Braunschwg. Bank 4 99½ bz. G

Bremer do. 4 115½ B. ig. 112½

do. Litt. A. 4 —

Westpreußische 3 76½ bz.

do. 82½ bz.

do. neue 4 —

do. do. 4 90½ B

Dessauer Kredit-B. 0 2 G

Kurz-Neumarkt. 4 90½ bz.

Pommersche 4 90½ bz.

Posenche 4 88½ G

Prenzl. 4 88½ G

Rhein.-Westf. 4 92½ G

Sächsische 4 91½ bz.

Schlesische 4 90½ B

Präf. Kreditanst. 4 112½ Mehr bz.

Staats-Kreditbank 4 23½ f. Post bz.

Großer Kreditanst. 4 99½ etw. bz.

Hannoversche do. 4 78½ bz. G

Königsb. Privatbl. 4 111½ G

Metalliques 5 51 bz. G

do. 58½ bz. G

do. 250 f. Präm.-Dl. 6 67 bz.

do. 100 f. Kred. Loope 77½ bz. G

do. 50 f. Loope (1860) 5 74½ bz. u. März 74½

do. Pr. Sch. v. 1864 49½ bz. [bz]

do. Sib.-Anl. 6 61½ bz.

Italienische 5 45½—5½ bz. ult. 5½ bz.

5. Steiglitz Anl. 5 64½ bz. [bz]

do. do. 5 76½ bz. [bz]

Englische Anl. 5 85 bz.

R. Russ. Engl. Anl. 3 52½ bz.

do. do. 3 57½ bz. [bz]

do. do. 3 62½ bz. [bz]

do. do. 3 67½ bz. [bz]

do. do. 3 72½ bz. [bz]

do. do. 3 77½ bz. [bz]

do. do. 3 82½ bz. [bz]

do. do. 3 87½ bz. [bz]

do. do. 3 92½ bz. [bz]

do. do. 3 97½ bz. [bz]

do. do. 3 102½ bz. [bz]

do. do. 3 107½ bz. [bz]

do. do. 3 112½ bz. [bz]

do. do. 3 117½ bz. [bz]

do. do. 3 122½ bz. [bz]

do. do. 3 127½ bz. [bz]

do. do. 3 132½ bz. [bz]

do. do. 3 137½ bz. [bz]

do. do. 3 142½ bz. [bz]

do. do. 3 147½ bz. [bz]

do. do. 3 152½ bz. [bz]

do. do. 3 157½ bz. [bz]

do. do. 3 162½ bz. [bz]

do. do. 3 167½ bz. [bz]

do. do. 3 172½ bz. [bz]

do. do. 3 177½ bz. [bz]

do. do. 3 182½ bz. [bz]

do. do. 3 187½ bz. [bz]

do. do. 3 192½ bz. [bz]

do. do. 3 197½ bz. [bz]

do. do. 3 202½ bz. [bz]

do. do. 3 207½ bz. [bz]

do. do. 3 212½ bz. [bz]

do. do. 3 217½ bz. [bz]

do. do. 3 222½ bz. [bz]

do. do. 3 227½ bz. [bz]

do. do. 3 232½ bz. [bz]

do. do. 3 237½ bz. [bz]

do. do. 3 242½ bz. [bz]

do. do. 3 247½ bz. [bz]

do. do. 3 252½ bz. [bz]

do. do. 3 257½ bz. [bz]